

3

Bonn, Mittwoch 16. Februar 1966

Sprecher: Adenauer, [Adorno], [Altmeier], Amrehn, Barzel, Blumenfeld, [Brauksiepe], Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Grundmann, Gurk, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemmer, [Lücke], Meyers, Rasner, Russe, Schmidt, Schwarzhaupt, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Süsterhenn, [Westrick].

Bericht zur Lage.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

BERICHT ZUR LAGE

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich denke, wir fangen pünktlich an in der Hoffnung, daß wir auch dann früh fertig sind. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, insbesondere Herrn Bundeskanzler Erhard und Herrn Kollegen Barzel. Vielleicht sind Sie bereit, Herr Erhard, einige Worte an uns zu richten.

Erhard: Verehrter Herr Adenauer! Meine verehrten Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte Ihnen doch sagen, was mich dazu bewogen hat, die Ihnen bekannte Einstellung zu wählen.¹ Ich glaube, daß es eine gute und bewährte Übung in alten gewachsenen Demokratien ist, daß das Amt des Regierungschefs zusammenfällt mit dem Vorsitz der die Regierung tragenden Partei.

Ich will damit auch das Gespräch und die Nachfolge von allen konfessionellen Beleuchtungen befreien, denn heute ist ein evangelischer Christ Kanzler, morgen wird es ein anderer sein. Ich glaube, das wäre auch eine gute Übung und nützlich gegenüber unseren Wählern in allen Landesteilen.

Ich bin mir bewußt, daß ich bloß eine Absichtserklärung abgeben konnte, nur meine Vorstellungen. Natürlich liegt die Entscheidung bei Ihnen und bei den Parteigremien. Das sei vorausgeschickt.

Wenn Ihre Entscheidung dahin fallen sollte, daß Sie mich zum 1. Vorsitzenden der Partei wählen, dann möchte ich hier mit aller Bestimmtheit erklären, daß ich mich aufrichtig freuen würde, mit dem derzeitigen Fraktionsführer, mit Herrn Dr. Rainer Barzel, auch auf der Parteiebene kollegial und fruchtbar und freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

Ich glaube, daß diese Geschlossenheit unbedingt nötig ist, denn die Partei wird vielfach identifiziert mit der Regierung, und die Regierung wird identifiziert mit der Partei

¹ Absichtserklärung zur Übernahme des Parteivorsitzes am 9. Februar 1965, vgl. HENTSCHEL 597 f.

im Guten und im Bösen. Ich glaube, je besser und enger der Zusammenhalt ist und je mehr wir uns bewußt sind, wie schicksalhaft die Aufgaben sind, die vor uns stehen, innen- und außenpolitisch, aber nicht zuletzt auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, sei es in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in Bayern,² können wir nichts Besseres tun zur Stärkung unseres Ansehens, zum Bewußtwerden unserer Kraft vor der deutschen Öffentlichkeit, als diesen Weg der Gemeinsamkeit zu wählen.

Nachdem schon von Wahlen die Rede ist – und diese spielen ja, wie gesagt, eine große Rolle –, darf ich sagen, ich gebe mich keinen Illusionen hin, wie schwierig manche Wahl in diesem Jahr 1966 werden wird. Ich bin weit davon entfernt, nun etwa leichtfertig an einen billigen Sieg zu glauben, nein, aber ich lasse mich auch nicht einschüchtern, und ich glaube, daß auch die Haltung, die Sie alle einnehmen, mich ermuntern wird. Wenn ich z. B. an die letzten Saarwahlen³ denke, wie hier nach den demoskopischen Umfragen die SPD weit vorne lag und wie man bei den letzten Bundestagswahlen immer von einem Kopf-an-Kopf-Rennen sprach und wir schließlich mit mehr als acht Punkten Vorsprung doch gesiegt haben, dann sollen wir auch mutig an die entscheidende Wahl in Nordrhein-Westfalen herangehen. Es wird mir dann eine Freude sein, mich mit ganzer Kraft einzusetzen für den Sieg der CDU. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen! (*Beifall.*)

Adenauer: Würden Sie bitte das Wort nehmen, Herr Barzel!

Barzel: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch nur ein paar Worte sagen und keine politische Erklärung abgeben. Aber mit diesem persönlichen Wort möchte ich zunächst mit einem Satz auch von mir aus danken unserem scheidenden Vorsitzenden und unserem leider gezwungenen [sic!] Geschäftsführer⁴, der die Position, die wir ihm alle zugedacht hatten, nicht einnehmen kann. Mir ist es ein Bedürfnis, das zu sagen. (*Beifall.*) Das weitere, was ich sagen möchte: Der Herr Bundeskanzler war so freundlich, gestern und heute einige Gespräche mit mir zu führen. Er hat dabei auch mir gegenüber das klargestellt, was einige andere Gesprächspartner so freundlich waren, auch klarzustellen, nämlich daß die Tatsache seiner Kandidatur, die nach meiner Bereitschaftserklärung bekanntgegeben wor-

2 Am 27. März 1966 Bürgerschaftswahlen in Hamburg (CDU 30%, SPD 59%, FDP 6,8%), am 10. Juli Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (CDU 42,8%, SPD 49,5%, FDP 7,4%), am 6. November in Hessen (CDU 26,4%, SPD 51%, FDP 10,4%, NPD 7,9%, GB/BHE 4,3%) und am 20. November in Bayern (CSU 48,1%, SPD 35,8%, FDP 5,1%, BP 3,4%). Vgl. LEXIKON S. 731, 738, 740, 745.

3 Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 8,3%, SVP 5,2%. Vgl. LEXIKON S. 749. – EMNID-Umfrage („Die Sympathien gegenüber den Parteien“) vom April 1965: SPD 44%, CDU 23%, FDP 12%, Sonstige 1%, keine Angaben 21%.

4 Adenauer hatte im Dezember 1965 seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz erklärt. Dufhues hatte am 29. Januar 1966 in einem Schreiben an Adenauer (ACDP 07–001–029/1) eine Kandidatur unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand und seine berufliche Belastung als Rechtsanwalt und Notar abgelehnt, vgl. auch KRONE-TAGEBUCH 2 S. 447f., 450; sowie Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in ACDP 07–001–111.

den ist, nicht etwas zu tun habe mit irgendeiner Form von Klagen über unsere bisherige Zusammenarbeit oder mit irgendeiner Beanstandung in Fragen der Loyalität. Wenn dies nicht der Fall wäre, hätte ich natürlich eine Auseinandersetzung auf dem Parteitag suchen müssen.

Ich glaube, daß wir hier eine Entscheidung suchen, die ohne sachfremde Argumentation getroffen werden sollte. Es geht allein um den Parteivorsitz. Ich beklage alle, die sicherlich von niemandem gewollten, aber doch in der Presse vorhandenen Erklärungen, daß im Zusammenhang mit der Wahl dieses Parteivorsitzenden irgendwelche anderen Dinge zur Debatte stünden, seien es Prestigefragen, seien es präjudizielle Entscheidungen für zukünftige Dinge. Es geht darum, wer jetzt der Parteivorsitzende werden soll.

Ich möchte noch einmal erklären, was damals am 8. Februar durch die Presse ging. Die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, dem Landesverband, aus dem ich komme, haben mich gefragt: Herr Barzel, würden Sie eine Kandidatur für den Parteivorsitz annehmen, wenn wir Ihnen diesen antragen würden? Meine Antwort war: Wenn dies im Interesse der Union ist, stehe ich zur Verfügung.⁵ – Dies allein ist erklärt, und gar nichts anders! Es ist nirgendwo gesagt: Barzel will kandidieren.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß in diesem Kreis niemand ist, der das selbstverständliche Recht jedes Verantwortlichen etwa bestreiten würde, sich für diese Position zur Verfügung zu stellen, wenn seine Freunde ihn darum bitten. Und da ich ein besonderes Temperament habe und zu einem auf keinen Fall geeignet bin, nämlich zu einem Leistetreter oder zu einem Vielleicht-Sager, habe ich nicht ja : nein gesagt, sondern ja, wenn.

Meine Damen und Herren! Nachdem jeder von uns weiß, daß keiner weiß, was wir immer hier erklären, wie der Parteitag sich entscheiden wird, da wir zugleich die Lage der Union kennen, bin ich, was mich angeht, bereit, zu meiner Erklärung zu stehen. Ich werde das akzeptieren, was im Interesse der Union liegt und mir angetragen wird.

Herr Dufhues war so freundlich, mich über Mittag zu besuchen und mir zu sagen, daß er im Auftrag der Vorbesprechungen der Herren Landesvorsitzenden mich bäte, zur Verfügung zu stehen für eine Lösung, die hieß: Vorsitzender der Partei der Herr Bundeskanzler, 1. Stellvertreter Barzel, 2. Stellvertreter Herr von Hassel.

Herr Bundeskanzler hat eben gesagt, es sei dies sein Wunsch, so zu verfahren. Meine Damen und Herren! Wenn dies der Wunsch der Union ist, werde ich mich dem nicht versagen und dafür zur Verfügung stehen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich darf Herrn Dufhues bitten.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Ich sehe es als meine Aufgabe an, Sie über die Besprechungen des heutigen Vormittags zu informieren und gleichzeitig das Ergebnis der von Ihnen mir aufgegebenen Besprechungen mit dem Bundeskanzler Professor Erhard und Dr. Rainer Barzel mitzuteilen.

⁵ Vgl. KRONE-TAGEBUCH 2 S. 453 f.

Die Konferenz der Landesvorsitzenden, die nicht in den Statuten vorgesehen ist, die aber in schwierigen Fragen der Union stets gute Dienste erwiesen hat, begann mit einem eingehenden und umfassenden Vortrag, den uns der verehrte Herr Bundespartei-vorsitzende und frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer gegeben hat.⁶ Er gab ein sehr anschauliches Bild über die gesamtpolitische Situation und die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Christlich-Demokratische Union und die Entwicklung des Bildes dieser Partei in der deutschen Öffentlichkeit ergeben. Hierbei wies auch er, wie schon Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, auf die besondere Verantwortung hin, die uns die bevorstehenden Landtagswahlen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern auferlegen. Schließlich haben wir von ihm gehört, welche Auffassung er zu der Wahl des Bundespartei-vorsitzenden hat, eine Auffassung, die allgemein bekannt ist, auf die ich aber hier nicht näher einzugehen brauche, auch nicht auf die Bemühungen, die Herr Dr. Adenauer bereits im Dezember eingeleitet hat, um die eine oder andere Lösung zu suchen.⁷

Im Anschluß daran haben die Landesvorsitzenden sich freimütig in einer erfreulich offenen Aussprache über die Auffassungen geäußert, die in den einzelnen Landesverbänden bestehen. Es bestand der allgemeine Eindruck, daß durch die Diskussion in der Öffentlichkeit eine gewisse Zwangsläufigkeit in der Behandlung dieser Frage eingetreten ist. Es ist der einstimmige Wunsch aller Herren Landesvorsitzenden, daß in den kommenden Wochen so wichtige Fragen wie die personellen Fragen der Führung der Christlich-Demokratischen Union mit jener Behutsamkeit, aber auch mit jener Diskretion behandelt werden, wie wir sie den beteiligten Personen, aber auch der Sache selbst und unserer Union schuldig sind.

Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, ein Gesamtbild der Auffassungen der einzelnen Landesverbände zu geben. Wenn ich mit einigen allgemeinen Worten darauf eingehen darf, dann ergab sich das Bild, daß in wichtigen und großen Landesverbänden eine völlig abweichende Auffassung von der Ansicht anderer Landesverbände vertreten wird. Ich meine, daß ich das Ergebnis der heutigen Besprechungen und der Berichterstattung aus einzelnen Landesverbänden richtig wiedergebe, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß der Bundesparteitag im März dieses Jahres⁸ im Ergebnis vor der völlig offenen Frage steht, wenn es darum geht, die Entscheidung zwischen Professor Dr. Ludwig Erhard und Dr. Rainer Barzel zu treffen. Niemand wird sagen können, daß mit absoluter Sicherheit die eine oder die andere Entscheidung durch diesen Parteitag getroffen würde. Vielleicht war das einer der Gründe für die Herren Landesvorsitzenden, den Weg nach einer Verständigung zu suchen. Die Gefahr einer zwar nicht in persönlichen Bereichen, aber in der Sache möglicherweise eintretenden Abwertung, die Gefahr einer mißverständlichen Auslegung – Freund Barzel hat davon gesprochen, von der einen oder ande-

6 Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in Bonn in ACDP 07-001-111.

7 Vgl. SCHWARZ S. 914-920.

8 14. Bundesparteitag der CDU vom 21.-23. März 1966 in Bonn. Druck: CDU, 14. BUNDESPARTEITAG.

ren Entscheidung – mahnt uns alle zu einer behutsamen Behandlung dieses Problems gerade angesichts der Aspekte, die Herr Dr. Adenauer über die künftige Entwicklung unseres politischen Lebens und die Stellung der CDU in unserem Volke dargelegt hat.

Aus dieser Erwägung heraus haben die Herren Landesvorsitzenden am heutigen Vormittag den Versuch unternommen, nicht nur zu einer sehr klaren und nüchternen Analyse der Situation und der Stimmung in den Landesverbänden Stellung zu nehmen, sondern auch eine Lösung vorzuschlagen, die von dem Bundesparteivorstand diskutiert werden sollte und gegebenenfalls als Empfehlung an den Bundesparteitag beschlossen werden kann. Alles das vorbehaltlich der Beratungen, die hoffentlich mit der gleichen Erfreulichkeit und der gleichen Offenheit hier eintreten werden, wenn Sie meinen Bericht entgegengenommen haben.

Als Möglichkeiten bieten sich nach dem Ergebnis der Diskussion im wesentlichen drei an; zunächst unter organisatorischen Gesichtspunkten: Es besteht die Möglichkeit, einen Vorsitzenden zu wählen und ihm, wie auch die Statuten es vorsehen, einen 1. Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter dieses Stellvertreters zu wählen.

Eine andere Gruppe, vor allen Dingen unsere Freunde aus Baden-Württemberg, stellte zur Diskussion, ohne daraus eine Kopffrage zu machen, die Möglichkeit, einen Vorsitzenden zu wählen und entsprechend der Regelung, die im Jahre 1956 auf dem Stuttgarter Parteitag getroffen worden ist, weitere vier nach den damaligen Statuten gleichberechtigte Vorstandsmitglieder zu wählen.⁹ Die Frage, ob diese vier gleichberechtigt sein sollen oder nicht, ob der eine oder andere hier hervorgehoben werden soll, ist diskutiert worden, ohne allerdings zu einer abschließenden Beratung in dieser Frage zu kommen.

Personell ist erörtert worden, Herrn Erhard den Vorsitz der CDU anzuvertrauen. Es ist weiter erörtert worden, unseren Freund Dr. Rainer Barzel zu bitten, die Aufgabe des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen. Es ist weiter die Frage erörtert worden, ob wir Herrn von Hassel bitten sollten, den 2. Stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen.

Sicherlich wird Herr Grundmann in diesem Punkt zu dem Ergebnis der Beratungen Stellung nehmen, die im Bereich des Koordinierungsausschusses in Nordrhein-Westfalen¹⁰ stattgefunden haben. Es tauchte dann der Wunsch auf, bereits in der Konferenz der Landesvorsitzenden zu einer Beschlußfassung zu kommen, die als Beratungsgrundlage dem Bundesparteivorstand vorgetragen werden sollte. Die Antragsteller haben sich aber von dem Argument überzeugen lassen, daß es sinnvoll sei, die gegebenen Möglichkeiten zunächst mit Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard und Herrn Dr. Rai-

⁹ In Stuttgart waren gewählt worden Arnold, Kaiser, von Hassel, Gerstenmaier, vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIX–XXXII. Auf dem 16. Bundesparteitag in Bonn wurden am 21.–23. März 1966 zwei weitere, aber gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende gewählt (von Hassel und Lücke). Außerdem wurden sechs weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt (Blank, Brauksiepe, Dufhues, Gerstenmaier, Amrehn, Schröder), vgl. KLEINMANN S. 262.

¹⁰ Vgl. GRUBER S. 195–214.

ner Barzel zu besprechen. Ich habe mich gern dieser Aufgabe unterzogen, die Besprechungen zu veranlassen und auch durchzuführen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich in beiden Unterhaltungen sehr viel guten Willen gefunden habe und bei beiden die Bereitschaft, zu einer Lösung zu kommen, die der CDU Belastungen ersparen, wie sie gerade bei Personalfragen häufig auftreten können.

Ich habe keinen der Beteiligten im Zweifel gelassen über die Ergebnisse der heutigen Beratungen, auch nicht über die Möglichkeit, die sich auf dem Bundesparteitag ergeben kann. Beide haben aber ohne Rücksicht auf die eine oder andere Frage sich von sehr sachlichen und von dem Willen zur Zusammenarbeit getragenen Überlegungen leiten lassen. Beide Herren haben ihre Bereitschaft erklärt, einem Votum dieses Gremiums zu folgen, falls bestimmte Voraussetzungen, von denen ich bereits gesprochen habe, erfüllt werden.

Ich möchte hier mit allem Freimut sagen, daß die Führung der Partei keine Angelegenheit des Bundeskanzleramts in seinen vielfältigen Verzweigungen sein kann und sein darf. Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard hat mir eindeutig und ohne Zögern gesagt, daß das selbstverständlich sei. Ich freue mich, daß Herr Westrick¹¹ das mit besonderem Schmunzeln zur Kenntnis nimmt. (*Heiterkeit und Beifall.*) Es ist eine Realität, die sich nicht nur auf eine Person erstreckt.

Die Unterhaltung mit Herrn Barzel war, ich betonte es bereits, von dem gleichen guten Willen getragen. Naturgemäß bleibt der Beratung dieses Gremiums jede Möglichkeit offen, und daraus können sich neue Situationen ergeben, wenn aber auch dieses Gremium Herrn Barzel wie Herrn Bundeskanzler Professor Erhard bittet, die Lösung zu akzeptieren, die wir besprochen haben, ist er bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Bei den beiden Möglichkeiten, die besprochen worden sind, hat sich – so meine ich, für beide sagen zu können – als reale Möglichkeit ergeben, daß wir einen Bundesvorsitzenden, einen 1. Stellvertreter und einen 2. Stellvertreter wählen; daß dagegen eine Lösung, die einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter vorsieht, insbesondere dann, wenn es gemäß der damals im Jahre 1956 getroffenen Regelung gleichberechtigte Vertreter wären, keine Annahme fände. Das ist eine Auffassung, für die ich durchaus Verständnis habe.

Das ist das Ergebnis meiner mittäglichen Bemühungen. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. Ich danke aber vor allen Dingen noch einmal Herrn Professor Erhard und Herrn Barzel, die mir die Aufgabe sehr leicht gemacht haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke den drei Herren, die gesprochen haben. Ich glaube, die Herren können, wenn sie wollen, sich jetzt wichtigeren Aufgaben zuwenden. (*Lebhafte Heiterkeit.* – *Meyers:* Das haben Sie gut gemacht!)

Bundeskanzler Erhard und Dr. Barzel verlassen den Saal.

11 Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist; 1951–1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963/64 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts. Vgl. KEMPF/MERZ S. 739–742.

Meine Damen und Herren! Sie haben das Ergebnis gehört der mittäglichen Verhandlungen von Herrn Kollegen Dufhues. Diesen Verhandlungen waren vorangegangen, wie er eben schon gesagt hat, vierstündige Aussprachen unter den Landesvorsitzenden. Es war auch sehr interessant, aus diesen vierstündigen Unterhaltungen und Aussprachen entnehmen zu können, wie bunt doch die Meinungen in unserem geliebten Vaterland sind, sehr verschieden, sehr große Unterschiede, aber schließlich hat man sich doch auf den Vorschlag, der vom Herrn Kollegen Dufhues herrührt und den er eben dargelegt hat, zurechtgefunden.

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie sich jetzt dazu äußern; falls Sie ohne weitere Überlegungen sich dazu in der Lage sehen, dann auch die Frage mit zu erörtern, wie Sie über die Organisation der Bundesgeschäftsstelle denken. So viel ich Ihrem Vortrag entnommen habe, ist diese Frage nicht besprochen worden.

Dufhues: Darf ich das kurz ergänzen! Ich habe sowohl mit Herrn Erhard wie mit Herrn Barzel über diese Frage gesprochen. Beide sahen sich nicht in der Lage, von sich aus diese Möglichkeit zu diskutieren. Sie würden es begrüßen, wenn eine Kommission eingesetzt würde, die mit ihnen diese Frage bespricht. Es handelt sich dabei um die Bestellung eines politischen Generalsekretärs, organisatorisch und personell, wie auch um die Frage des Bundesgeschäftsführers, eines Stellvertreters des Bundesgeschäftsführers und was damit zusammenhängt. Ich verstehe, daß beide sich überfordert fühlten, wenn sie vor die Notwendigkeit gestellt worden wären, sich bereits heute zu den organisatorischen und personellen Problemen in diesem Kreis zu äußern.

Adenauer: Ich überlegte während der Ausführungen von Herrn Kollegen Dufhues, ob wir nicht doch in eine Aussprache auch dieser Fragen eintreten sollen. Es müssen dann eventuell Anträge zur Änderung des Statuts vorbereitet werden. Und hier ist eine bestimmte Frist zur Einreichung von Anträgen gestellt. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich Ihnen vorschlagen, wir unterhalten uns zunächst über die Frage: Erhard Vorsitzender, Barzel 1. Stellvertreter, von Hassel 2. Stellvertreter. Sie scheinen damit einverstanden zu sein. Darf ich um Wortmeldungen bitten? – Oder sollen wir eine kleine Pause machen? (*Zurufe:* Nein!) Dann bitte ich Sie, sich zum Wort zu melden. – Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Herr Bundesvorsitzender! Ich will nicht die Diskussion von heute morgen erneut aufgreifen, aber ich muß Sie dennoch unterrichten über ein Gespräch, das in der Zwischenzeit stattgefunden hat mit der Koordinierungskommission der beiden Landesverbände in Nordrhein-Westfalen. Man kann die Frage, die heute hier entschieden wird, nicht losgelöst sehen von den anderen personellen Fragen, die sich daraus ergeben. Darum bitte ich um Genehmigung, dazu eine Anmerkung machen zu dürfen, weil sie im Zusammenhang steht mit dem heutigen Vorschlag und mit der Frage, wie das akzeptiert wird auf dem Bundesparteitag.

Ich gestehe ganz offen, daß ich nicht davon berichten kann, daß die Koordinierungskommission der beiden Landesverbände in jubelnden Beifall ausgebrochen ist über dieses Arrangement, sondern ich würde so sagen, daß sie sich von den Realitäten hat beeinflussen lassen. Ich sage das jetzt hier, damit nachher keiner mehr Rückfragen zu stel-

len braucht. Ich möchte Herrn Ministerpräsident Dr. Altmeier¹² sagen, wir alle haben uns von der Realität und nicht von jubelndem Beifall hier beeinflussen lassen.

Zur Frage der weiteren Stellvertreter habe ich eine Bitte und eine Anmerkung, daß nämlich bei dem weiteren Stellvertreter Herr von Hassel einbezogen wird. Es war heute morgen durchaus so, daß sowohl die Frage von drei oder vier oder von zwei Stellvertretern diskutiert wurde. Nach den Besprechungen habe ich die Bitte, daß wir diese Diskussion führen. Ich will Sie mit einer Anmerkung versehen, um Ihnen zu zeigen, in welcher Richtung unsererseits diese Diskussion geführt wurde. Wir glauben, daß neben der Vertretung der einzelnen landschaftlichen Gebiete, neben der religiös-konfessionellen Darstellung unserer parteipolitischen Präsenz auch die Frage eine Rolle spielen sollte – und das ist unserem Land gemäß –, wie weit ein repräsentativer Vertreter etwa der Arbeitnehmerschaft mit zu den Stellvertretern gehören könnte, eine Sache, die früher in guter Übung bei uns war, die wir immer durch einen Personalvorschlag mitgelöst haben, eine Frage, die sicher auch in den anderen Landesverbänden eine Rolle in der internen Diskussion spielt.

Wir wollen keineswegs heute bereits das mit einem Personalvorschlag untermauern, weil wir glauben, daß diese Frage und die Frage des Präsidiums und der inneren Ordnung der Geschäftsführung nicht ad hoc aus dieser Diskussion heraus zu lösen sind, aber wir haben die sehr herzliche Bitte, daß nach einer Grundsatzdiskussion, die hier darüber geführt wird, wir zu der Überlegung kommen, eine Kommission zu bilden aus dem Bundesvorstand, die für eine demnächstige Bundesvorstandssitzung einen Vorschlag zu erarbeiten versucht, der die Diskussion dieses Führungsnachwuchses verlangt.

Wir sollten das deswegen tun, weil es gerade für die Entscheidung, die ich soeben skizziert habe, notwendig zu sein scheint, die Frage der Abrundung der Führungsspitze der CDU mit allen Komponenten zu besprechen; denn wir alle miteinander haben das hier besprochene Ergebnis so zu vertreten, daß Überraschungen unangenehmer Art vor dem Parteitag ausgeschaltet werden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich halte die Ausführungen des Herrn Kollegen Grundmann für richtig. Ich bitte dann aber um die Erlaubnis, einige Ausführungen machen zu dürfen, wie ich die parteipolitische Lage und die parteipolitische Entwicklung in der Bundesrepublik für die nächsten Jahre beurteile, weil ein Ausblick auf diese Entwicklung von Bedeutung sein wird für die Ergänzung des ganzen Körpers, wie sie eben Herr Kollege Grundmann angeregt hat.

Am besten beleuchtet folgendes die Situation bei uns. Wir haben – was bei uns noch nie der Fall gewesen ist – ein Gesetz beschlossen zur Sicherung des Haushalts,¹³ das die

12 Peter Altmeier (1899–1977), Kaufmann; 1946 Regierungspräsident in Montabaur und Mitgründer der CDU Rheinland-Pfalz, 1947–1966 Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, 1947–1969 Ministerpräsident, 1948–1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr. Vgl. LEXIKON S. 178.

13 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)“ vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065; Berichtigung: 1965 S. 2176.

Gesetze, die vor der Bundestagswahl beschlossen worden sind, mehr oder weniger kupiert, in Teile teilt und herauschneidet. Das hat zu einer sehr starken Reaktion in breiten Wählerschichten geführt, namentlich in Wählerschichten, die Herr Grundman eben wahrscheinlich im Auge gehabt hat bei seinem Vorschlag. Man muß das verstehen können, daß dadurch eine viel stärkere Mißstimmung unter unseren Wählern hervorgerufen worden ist, als wenn man rechtzeitig im früheren Bundestag die Gesetze entsprechend unseren Kräften und nicht über unsere finanziellen Kräfte hinaus gestaltet hätte. Die Folgen dieser ganzen Aktion gehen sehr klar daraus hervor, daß kein Haushaltsplan bisher vorliegt, obwohl nach dem Grundgesetz der Haushaltsplan am 1. Januar in Kraft treten soll. Sie sehen, welche Wirkungen das Ganze hat, und zwar nicht nur in bezug auf den Haushaltsplan des Bundes, sondern auch auf die Haushaltspläne der Länder und der Kommunen. Es wird also alles sehr viel später kommen, und die Zufriedenheit wird dadurch nicht größer werden. Die Kürzungen werden – jetzt sind sie erst mehr oder weniger angedeutet – ziemlich hart die betroffenen Kreise überraschen.

Es kommt hinzu, daß überhaupt eine Neuordnung unserer Finanzgestaltung, wie sie durch das Grundgesetz hingestellt worden ist, notwendig ist. Lassen Sie mich dazu eine Bemerkung machen zur Rechtfertigung der Beschlüsse des Parlamentarischen Rates. Sie wissen, daß ich sein Vorsitzender war und deshalb über das Verhältnis zu den Besatzungsbehörden recht genau Bescheid weiß. Das Bestreben der Besatzungsbehörden war es, die Zentrale, d. h. den Bund, finanziell möglichst schwach zu halten. Es war ihr weiteres Bestreben, den föderativen Aufbau so zu gestalten, daß die Länder besser gestellt wurden, aber die Gemeinden hat man dann wieder weniger berücksichtigt. Man konnte damals nicht alles berücksichtigen, was sich bald in der Folge zeigte, nämlich in der Entwicklung unseres Verkehrswesens, in der Technik usw. Wer damals prophezeit hätte, daß in verhältnismäßig wenigen Jahren jeder fünfte Mensch ein Auto haben würde, den hätte man ausgelacht.

Wir haben damals im Parlamentarischen Rat sehr ernst überlegt, ob wir nicht den Besatzungsbehörden den Auftrag, ein Grundgesetz herzustellen, mit der Begründung zurückgeben sollten, daß wir bei dem uns auferlegten Druck seitens der Besatzungsbehörden nicht in der Lage seien, ein Grundgesetz vorzulegen, das überhaupt Aussicht habe, auch durchgeführt werden zu können. Wir haben das aber nicht getan, weil wir damals noch die Hoffnung hatten, Berlin und die getrennten Gebiete würden bald zu uns zurückkehren. Wir haben deshalb die Ihnen bekannte Präambel im Grundgesetz vorangesetzt, daß dann, wenn dieses geschehen sei, eine neue Verfassung geschaffen würde.

Meine Damen und Herren! Unsere damaligen Auffassungen haben sich nach verschiedener Richtung hin als nicht zutreffend erwiesen. Die Wiedervereinigung ist noch nicht da. Wann sie kommen wird, wissen wir nicht. Infolgedessen können wir also nicht mit einer Verfassungsänderung warten, bis nun die Wiedervereinigung eine solche rechtfertigt, sondern diese Verfassungsänderung des Grundgesetzes ist gerechtfertigt durch die Sache selbst, durch die Entwicklung, insbesondere auf finanziellem Gebiet, in der wir uns befinden. Wie wir damit durchkommen, Verfassungsänderungen zu beschließen ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie, diese Frage kann bisher kein

Mensch beantworten. Der Entwurf der sogenannten Weisen, der vorliegt und der bei Kennern ein helles Entzücken hervorruft¹⁴ – ich war dabei, wie einer geradezu in Begeisterung ausbrach, als er ihn las –, erfordert allein in 33 Fällen eine Änderung des Grundgesetzes. Sie wissen ja, daß die Sozialdemokratie gesagt hat, sie werde nichts umsonst tun. Diese ganze Arbeit und diese ganze Entwicklung werden der Bundesregierung noch auf Jahre hinaus außerordentlich große Schwierigkeiten machen – jeder Bundesregierung.

Lassen Sie mich hier ein Wort einschieben, um das zu erklären, was eben Herr Dufhues gesagt hat, mein Standpunkt sei Ihnen ja bekannt. Meine Herren! Als der Herr Bundeskanzler Erhard nach seiner Rückkehr aus Paris¹⁵ zu mir kam und sagte, daß er den Anspruch erhebe, Bundesvorsitzender zu werden, habe ich ihm erwidert – das ist auch jetzt noch meine Meinung –: Wenn sie vorher zu mir gekommen wären, hätte ich Ihnen geraten, lassen Sie die Finger davon. Sie werden eine so schwierige Arbeit vor sich haben – ich habe sie eben kurz umrissen –, so schwierige Jahre, daß Sie sich nicht belasten sollten mit Dingen, die andere verstehen und machen können.

Aber, meine Herren, Sie werden auch – jetzt komme ich zurück zu dem Ausgangspunkt – verstehen, wenn ich sage, daß wir den Apparat unserer Partei auf diese großen Aufgaben – nicht von vornherein bis zum Letzten, aber doch in der Anlage – werden einstellen müssen. Wir müssen es auch aus einem anderen Grunde tun. Sicher haben wir die letzte Wahl gut gemacht und auch gesiegt, aber die Sozialdemokratie ist stärker in die Höhe gekommen, sie hat mehr Prozente zugenommen an Stimmen als wir. In der Presse war ein Bild – hoffentlich ist es von Ihnen beachtet worden –, das die Entwicklung der Stimmzahl der großen Parteien, der CDU, der SPD und der FDP, während einer längeren Periode anzeigt, etwa vom Jahre 1957 an.¹⁶ Wir hatten damals – es handelte sich um militärische Fragen – wohl den Höhepunkt erreicht. Aber in diesem Bild muß man sehen, daß die sozialdemokratische Stimmzahl ständig in die Höhe gegangen ist, während unsere Stimmzahl sich sehr unruhig bewegt und im Durchschnitt genommen keinesfalls entsprechend hochgegangen ist wie die der Sozialdemokratie.

Dazu kommt weiter, meine Freunde, daß wir – davon wird leider etwas wenig gesprochen – in den vergangenen Jahren fast in allen großen Städten die Mehrheit verloren haben. Es wird deshalb den kommunalen Wahlen erheblich mehr Arbeit und Energie als bisher zugewendet werden müssen. Die Bundespartei hat nicht die nötige Einsicht in die Verhältnisse bei den Landesparteien, aber man kann doch – nach der Versicherung von Herrn Kraske – trotz des wenigen Materials, das wir haben, ersehen, daß

14 Das Gutachten des Sachverständigenrats (Wilhelm Bauer, Paul Binder, Herbert Giersch, Harald Koch, Fritz W. Meyer) über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde am 19. Dezember 1965 vorgelegt. Vgl. AdG 1965 S. 12238. Druck: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (Hg.): Stabilisierung ohne Stagnation. Jahrgutachten 1965/66. Stuttgart 1965.

15 Erhard hielt sich am 7./8. Februar 1966 zu Arbeitsgesprächen in Paris auf. Vgl. AAPD 1966 Nr. 34, 36; OSTERHELD S. 280–286.

16 Vgl. Bernhard BEGER: Wahl-Analyse 1965, in: Die politische Meinung Nr. 109 vom Oktober 1965 S. 58–60.

in den einzelnen Städten und Kreisen sehr verschieden stark gearbeitet wird, und daß am Resultat der Wahl sehr deutlich zu erkennen ist, wo gearbeitet und wo nicht gearbeitet wird.

Meine Freunde! Ich möchte gerade auf diese Verluste, die wir auf kommunalem Gebiet erlitten haben, Ihr besonderes Augenmerk richten; denn gerade in den Kommunen, insbesondere in den großen Städten, wachsen doch die jungen Leute heran. Sie lernen zuviel die Sozialdemokratie schätzen und achten für meinen Geschmack, oder sie streben zu früh danach – jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkte –, auf dem Wege der Ämterpatronage bei den Sozialdemokraten weiterzukommen. Jeder, der etwas von den Dingen weiß, wird mir bestätigen, daß die Sozialdemokraten in ganz anderer Weise für ihre Leute sorgen, wie wir das für unsere tun. (*Beifall.*)

Ich will hier nicht in Einzelheiten hineingehen, aber ich will Ihnen doch sagen, was ich erlebt habe. Wir haben vor einigen Wochen eine Versammlung der Beamten und Angestellten in der Bundesverwaltung abgehalten, Leute, die sich zu uns bekennen.¹⁷ Es war eine überraschend gut besuchte Versammlung mit mindestens 600 Menschen, die sich offen zu uns bekannten. Aber schon kurze Zeit danach hörte ich große Klagen gerade von Leuten, die sich zu uns bekannten, über die Behandlung, die sie in dem betreffenden Ministerium erleiden müssen. Also, meine Herren, in den Städten ist es noch schlimmer. Wir werden der ganzen Kommunalpolitik in Zukunft entschieden mehr Aufmerksamkeit und Arbeit zuwenden müssen.

Meine Damen und Herren! Etwas, was wir im Bund sehr schmerzlich entbehren, ist die geringe Verbindung mit den Landesparteien. Die Verbindung mit den Landesparteien muß entschieden mehr von uns gepflegt werden, natürlich auch umgekehrt; also die Verbindung muß enger werden. Wir hängen aufs engste zusammen, weder kann unsere Partei in den Ländern und Gemeinden ohne uns bestehen, noch können wir bestehen ohne die Landesparteien. Wir haben daran gedacht – das Wort ist eben gefallen –, daß im Parteipräsidium dafür gesorgt wird. Wir hatten damals gemeint, daß wir die Mitglieder eines kleinen Parteipräsidiums, die in der Hauptsache in Bonn wohnen, jederzeit greifbar hätten. Aber nun haben wir die Erfahrung machen müssen, daß sie nie da sind. Diejenigen, die in Bonn ihren Arbeitssitz haben, sind am allerschlechtesten zu kriegen. Deshalb meinen ich und meine Freunde, die mit mir die Sache überlegt haben, daß es notwendig ist, dieses Parteipräsidium zu erweitern und vielleicht auf zehn bis zwölf Leute, und zwar mit arbeitswilligen Leuten aus den Ländern, die aber dann auch zur Verfügung stehen müssen. Wenn es nicht möglich ist – leider ist es jetzt nicht möglich –, mindestens alle 14 Tage das Parteipräsidium einige Stunden zusammenzubekommen, dann hat das Parteipräsidium wirklich außerordentlich wenig Wert. Über diesen wichtigen Punkt wird also auch gesprochen werden müssen; er gehört nach meiner Meinung zu den ganzen organisatorischen Fragen.

¹⁷ Am 12. Januar 1966 fand auf Einladung Adenauers und auf eine Initiative Aenne Brauksiepes eine Aussprache der in den Bundesministerien beschäftigten CDU/CSU-Mitglieder im Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hg.): Personalrätebrief vom 16. Februar 1966 S. 12.

Meine Herren! Wir werden bei der Wahl im Jahre 1969 nicht mit Worten durchkommen, sondern wir werden dem deutschen Volke die Ergebnisse unserer Arbeit vorlegen müssen, sonst haben wir keine Aussicht, nochmals zu gewinnen. In diesem Kreise darf ich sagen, ich fürchte, unsere Partei wäre als Oppositionspartei nicht lebensfähig. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sind nur lebensfähig, wenn wir unsere weltanschauliche Basis beibehalten und wenn unsere Erfolge die Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Gruppen, die bei uns sind, überspielen. Wenn das aber nicht der Fall ist, wenn diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt werden, dann sind wir nicht lebensfähig. Betrachten Sie bitte als sehr mahnendes Zeichen diese Verluste, die wir in den Kommunen gehabt haben.

Noch eine weitere Gefahr zieht herauf, nämlich das Entstehen einer rechtsradikalen Partei.¹⁸ Nach dem, was ich hier von Herrn Strauß darüber gehört habe, müsse man damit rechnen, daß, wenn jetzt Stadtverordnetenwahlen wären, in einer Reihe von großen Städten diese rechtsradikalen Parteien die 5 %-Grenze überspringen würden.

Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie das offene Wort und bringen Sie es nicht in die Zeitung. Die junge Generation will von alledem, was wir leider Gottes hinter uns haben, nichts mehr wissen. Das ist vergeben – meint sie – und ist vergessen. Aber es ist weder vergeben von den anderen noch ist es vergessen, meine Damen und Herren! Deswegen müssen wir – ich möchte nicht ausführlicher werden, weil der Herr Bundesaußenminister¹⁹ nicht hier ist – in unserer ganzen Außenpolitik außerordentlich vorsichtig sein. Wir haben – das, was ich jetzt sage, ist sehr überlegt – in Wahrheit keine Freunde. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir haben keine Freunde in der Welt außer uns selbst. Aber wir müssen wieder Freunde bekommen. Zu meinem großen Bedauern ist das Verhältnis zu Frankreich über die freundlichen Worte, die beim letzten Besuch in Paris getauscht worden sind, noch nicht hinausgegangen zu einem gemeinsamen Werk; von gemeinsamer Politik gar keine Rede!

Wie wir zu England stehen, wissen Sie. Amerika hat zu Sowjetrußland ein merkwürdiges Verhältnis; zur Hälfte sind sie befreundet, zur Hälfte sind sie verfeindet. Wir sind hier am Rhein in der Nähe von Köln, und da gibt es ein sehr gutes Wort für ein derartiges Verhältnis, nämlich „Kott-Freund“. Kott heißt böse, und Freund heißt Freund. Also, Kott-Freund, das sind die Amerikaner und Sowjetrußland.

18 Die Gründungsparteitag der NPD hatte am 28. November 1964 in Hannover stattgefunden; erster Vorsitzender wurde Friedrich Thielen. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD einen Zweitstimmenanteil von 2%, bei den Kommunalwahlen in Bayern (März 1966) erzielte sie 103 Mandate, bei den Landtagswahlen in Hessen (November 1966) 7,9% (8 Mandate) und bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968 9,8% (12 Mandate). Vgl. Horst W. SCHMOLLINGER: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss Bd. 4 S. 1922–1994.

19 Gerhard Schröder.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Präsident Johnson²⁰ in seiner letzten Ansprache an die Nation weder die Zerreißung Deutschlands erwähnt noch von Europa überhaupt gesprochen hat. Das sind sehr ernste Anzeichen, die sich auch wirtschaftlich auswirken werden. Ich komme zum Schluß und sage nochmals: Wir müssen unsere Organisation – das gilt für den Bund, für die Länder und für die Kommunen – sehr gründlich ausbessern und verbessern. Wir müssen arbeiten, um Erfolge aufweisen zu können. Wenn wir keine Erfolge aufweisen können, dann findet die sozialdemokratische Propaganda gegen uns doch sehr leicht offene Tore, und die Kosten müssen wir bezahlen.

Nun hat der Kollege Grundmann vorgeschlagen, eine besondere Kommission aus dem Bundesvorstand einzusetzen, so habe ich Sie verstanden, (*Grundmann*: Ja!) um diese ganzen Fragen zu besprechen, auch die organisatorischen Fragen. – Das Wort hat Herr Kollege Dufhues.

Dufhues: Ich greife die Anregung unserer Freunde gerne auf, nicht nur als westfälischer Landesvorsitzender, der vertrauensvoll und eng in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit seinen rheinischen Kollegen zusammenarbeitet, sondern weil ich der Meinung bin, daß wir heute in Teilfragen unserer Beratungen ohne sorgfältige Vorbereitung der weiteren Beratungen durch eine Kommission nicht zu guten Ergebnissen kommen können.

Ich greife insbesondere auch die Bitte auf, die Herr Grundmann vorgetragen hat, daß man zwar organisatorisch die Führungsspitze der CDU festlegt, soweit es sich um den Vorsitzenden, den 1. Stellvertreter und den 2. Stellvertreter handelt, daß man aber personell die Frage des 2. Stellvertreters noch offenläßt unter allen Möglichkeiten und Aspekten. Es sind gewichtige Stimmen an mich herangetreten, die gefragt haben, ob man nicht die kritischen Bemerkungen, die zur Wahl des Bundeskanzlers Erhard zum Vorsitzenden entstanden sind, dadurch auffangen könnte, daß man der Situation durch die Wahl des 1. Stellvertretenden und 2. Stellvertretenden Vorsitzenden auch in konfessionellen oder sozial-soziologischen Gesichtspunkten Rechnung trägt.

Ich will dazu nicht Stellung nehmen, meine aber, daß es eine Frage ist, die wir einmal ernsthaft und sorgfältig erörtern sollten unter völliger Freiheit unserer endgültigen Entschliebung. Unter dieser Voraussetzung möchte ich Ihnen als Grundlage für die weiteren Beratungen und Besprechungen eine Entschliebung des Bundesparteivorstands vorschlagen. Ich meine, wir könnten folgenden Beschluß fassen: „Der Bundesvorstand der CDU empfiehlt dem Bundesparteitag, einen Vorstand der CDU zu wählen, der aus dem Vorsitzenden, einem 1. Stellvertreter und einem 2. Stellvertreter besteht. Als Vorsitzender der CDU werden Herr Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard und als 1.

20 Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1937–1949 Kongreßabgeordneter, 1949–1961 Senator, 1961–1963 Vizepräsident und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. – Johnson hielt am 12. Januar 1966 vor beiden Häusern des Kongresses seine Rede zur Lage der Nation (State of the Union Message), vgl. AdG 1966 S. 12279 (Text im Internet: <http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/speeches.hom/660112.asp>).

Stellvertreter Herr Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, vorgeschlagen. Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll.“

Ich möchte Ihnen das als Grundlage für die Beratungen mitgeben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind alle sehr dankbar, daß aus den vorbereitenden Gesprächen heute morgen, über die wir hier in einer ausgezeichneten Weise gehört haben von einigen Beteiligten, diese Frage der Spitze des Vorsitzenden und seines 1. Stellvertreters, die uns wirklich allen Sorge gemacht hat und für unsere Partei eine ernste Frage geworden ist, in einer doch insgesamt befriedigenden Lösung hier sich darstellt. Natürlich gibt es Vorbehalte mannigfacher Art, je nach den Ausgangspunkten, aber ich glaube, wir sollten das als ein gutes Ergebnis akzeptieren.

Nun bin ich auch der Auffassung – und darin möchte ich den Herrn Dufhues und Grundmann zustimmen –, daß es einige Fragen gibt der praktischen Parteiarbeit, der Organisation, der Geschäftsführung, die in der Tat hier nicht erörtert werden können, sondern unter dem Gesichtspunkt der zur Wahl vorgeschlagenen Herren betrachtet werden müssen, wobei der Herr Bundeskanzler Erhard ein hohes Staatsamt hat, der 1. Stellvertreter ein wichtiges politisches Amt, also Ämter, die beider Kräfte erfordert. Die Fragen, die sich daraus für die Organisation ergeben, müssen behandelt werden.

Ich bin nicht der Auffassung, daß es Aufgabe des Bundesvorsitzenden der CDU ist – so dankbar wir für diese erste Vorklärung sind und so wenig, wie sie personell erörtert werden soll –, nun [das] alles wieder in eine Kommission hineinzugeben.

Die Frage der weiteren Vorsitzenden – es sind ja auch schon einige Namen genannt worden – ist politisch so bedeutend, daß wir darüber noch einmal freimütig eine Stunde oder auch länger hier sprechen sollten. Wir sollten dann am Schluß sehen, ob es überhaupt noch notwendig ist, eine Kommission zu bilden.

Meine Damen und Herren! Ich sage das aus zwei Gründen, und zwar möchte ich einmal darauf hinweisen, daß wir uns insofern in einer ungewöhnlichen Situation befinden, als zwei der drei Vorsitzenden, die wir bisher haben, nicht wieder kandidieren werden. Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat vor einiger Zeit erklärt, daß er nicht wieder kandidiere, und Herr Dufhues hat aus Gründen, die wir alle bedauern, aber alle respektieren, ebenfalls erklärt, daß er nicht wieder kandidiere für sein jetziges Amt als Stellvertretender Vorsitzender; d. h. also, von den bisherigen drei Vorsitzenden ist nur einer, nämlich Herr von Hassel, im Grunde bereit, wieder zu kandidieren. Er ist seit 1956 in diesem Amt als Stellvertretender Vorsitzender, wenn Sie so wollen, als Vertreter der norddeutschen CDU. Ich hielte es für falsch, wenn als Ergebnis der heutigen Beratungen der Eindruck entstehen könnte, als ob das eine völlig offene Frage sei, ob der Bundesvorstand überhaupt eine Option für ihn ausspricht. Insofern bin ich mit diesem Teil des Vorschlages nicht einverstanden. Ich glaube, daß die Fragen, die hier aufgetaucht sind und die ich völlig sehe, eine ausgewogene Repräsentation in der Führungsspitze zu

haben, dann eben auf einem anderen Weg angegangen werden müssen, unter Umständen in einer Vergrößerung der Zahl der Vertreter. Ob es drei oder vier sein sollen, wird die weitere Debatte ergeben.

Ich verstehe sehr gut, daß gerade vom Landesverband Rheinland, der ja auch bisher den Parteivorsitzenden gestellt hat, diese Frage angeschnitten wird und daß hier auch der Wunsch geäußert worden ist, eine Persönlichkeit zu gewinnen, die auch soziologisch das Bild abrundet. Da sind ja auch schon Namen genannt worden. Dann nennen Sie doch ruhig auch vier. Ich halte es nicht für richtig, daß wir sagen, wir wollen darüber noch einmal sprechen; dann lesen wir es nach acht Tagen wieder in der Zeitung, und wir überlassen es einer kleinen Kommission, die doch nicht so repräsentativ sein kann, daß sie diese politischen Fragen außerhalb des Bundesvorstands für die CDU behandelt. Wir sollten jetzt hier die Namen hören. Wir kennen sie ja z. T. Es ist die Frage eines weiteren Vertreters sicher aus Nordrhein-Westfalen, der in soziologischer und konfessioneller Hinsicht das Bild abrundet, es ist die Frage von Baden-Württemberg einmal irgendwie am Rande gestellt worden. Ich glaube, das muß hier offen erörtert werden, wobei ich ausdrücklich betone, daß man durchaus einen Weg wählen kann, der den Gesichtspunkten des 1. Vertreters Rechnung trägt.

Auch ich gehe bei dieser Überlegung davon aus, daß Herr Barzel auf jeden Fall 1. Stellvertreter wird, aber die Frage, ob dann ein weiterer oder zwei oder drei da sind, würde in diesem Zusammenhang ihn nicht tangieren müssen. Ich bitte also doch darum, daß wir diese Diskussion unter offener Darlegung der Namen und der Standpunkte weiterführen und daß wir versuchen, eine gewisse Vorklärung hier zu erreichen, weil sonst wieder das beginnt, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, was wir aber mit dem Namen unserer Parteifreunde – ich sage hier ganz nachdrücklich auch unseres Freundes von Hassel – nicht erleben möchten. Ich bin dafür, daß wir das weitere Thema, nämlich die Fragen über die Geschäftsführung, die praktische Parteilarbeit usw., einer solchen Kommission überweisen, wie sie hier vorgeschlagen wurde.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich würde zunächst bei dem jetzigen Stand der Debatte dafür plädieren, daß sowohl Herr Bundeskanzler Erhard als auch Herr Barzel wieder hierhin kommen. Mir scheint es zweckmäßig zu sein, wenn wir über beide Herren hier debattieren. Ich bin sowohl mit der Kommission einverstanden, als auch damit, daß wir jetzt diskutieren. Wir machen uns ziemlich lächerlich, wenn wir in ein paar Minuten – gesetzt den Fall, wir kämen zu dieser Entschliebung – hier hinausgehen, wo alle Welt der Meinung ist, daß die Schwierigkeiten vorhanden waren, vorhanden sind und – wie ich fürchte – auch noch weiterhin vorhanden sein werden.

Seitdem ich die Ehre habe, dem Bundesvorstand anzugehören, habe ich die Erfahrung gemacht, daß wir uns hier immer einig waren, aber nach ein paar Tagen habe ich in den Zeitungen etwas ganz anderes gelesen. Deswegen bin ich dafür, daß wir jetzt zunächst einmal debattieren.

Herr Stoltenberg, ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor; denn ich habe von Herrn Dufhues nicht gehört, daß er jetzt keine Debatte will, sondern es war doch nur so zu verstehen, daß am Ende dieser Diskussion, da wir ja auf alle Fälle – wie ich gleich beweisen will – zu Satzungsänderungen kommen müssen, eine Kommission beauftragt wird, um diese Dinge vorzubereiten. Es ist ein Punkt, der sicherlich hier unstreitig ist – deswegen will ich mit ihm beginnen –, der aber überhaupt noch nicht erörtert wurde. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns doch einig in der CDU, daß wir in der Bundesrepublik unserem langjährigen Bundesvorsitzenden den Ehrenvorsitz anbieten. Und das muß nach unserer Satzung auch entsprechend geregelt werden. (*Lebhafter Beifall.*) Ich stelle mir vor, gerade auch bei der Statur unseres Bundesvorsitzenden – ich darf das mit allem Respekt sagen, Herr Bundeskanzler –, daß das nur dann einen Sinn hat, wenn Sie mit im neuen Präsidium sitzen. Ich möchte aus vielen Gründen, schon um das Ansehen des Amtes willen, dafür plädieren, daß Sie in diesem Präsidium sitzen. Das muß in der Satzung entsprechend vorgesehen werden. Das allein ist schon ein Grund, sich dieser Frage zuzuwenden.

Wir sollten hier ganz offen darüber sprechen – ich will ein Wort aufnehmen, das Rainer Barzel hier vorhin gesprochen hat –, daß es dabei natürlich, ob es uns paßt oder nicht, um Prestige geht. Wir müssen unterscheiden zwischen denen, die unmittelbar glauben, amtieren zu können – inwieweit jeder von uns tatsächlich agiert, ist sehr fraglich, wenn man eine solche Reise unternimmt –, und dem, der draußen Beschauer ist, der die Presse darstellt, die öffentliche Meinung macht und was dazu gehört.

Hier ist es in der Tat in den letzten Tagen zu einem sehr scharfen Prestigedenken gekommen, das hineingeht bis in die Ortsverbände unserer Partei. Jeder von uns hat Briefe und Anrufe bekommen. Jeder kennt die Stimmung draußen. Nun hat man heute bei den Landesvorsitzenden eine Lösung gefunden für den Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter. Aber, meine Damen und Herren, wenn es weitergehen soll mit der CDU – und hier stimme ich unserem Bundesvorsitzenden zu –, dann muß man das ganze Präsidium und die zukünftige Arbeit unserer Partei sehen. Man muß an den nächsten Parteitag denken, der in zwei Jahren stattfindet. Es hat keinen Sinn, sich jetzt hier das Gesicht zuzuhängen und zu sagen: Es ist nicht so. – Man muß auch daran denken, ob wir wollen oder nicht – es gibt hier nicht wenige auch in der CDU, die das gewollt haben –, daß hier nicht nur die Frage des Parteivorsitzenden diskutiert worden ist, und zwar in allen Ortsverbänden, viel offener als hier im Bundesvorstand, sondern auch die Frage des nächsten Bundeskanzlers.

Wenn wir uns sehr ernst nehmen in diesem Zusammenhang, dann soll der Bundesvorstand wenigstens das aussprechen, was jeder Ortsverband als sein selbstverständliches Recht beansprucht. Wir wollen heute über den nächsten Bundeskanzler als Kandidaten sprechen. Ich möchte hier für meine Person und für viele Freunde sagen, daß ich hier keiner Lösung zustimmen kann – hier stimme ich völlig Herrn Barzel zu, ich zitiere ihn, das hat er wörtlich vorhin gesagt –, die etwa zukünftige Entscheidung auf diesem Feld vorweg nimmt. Deswegen muß in diesem neuen Präsidium deutlich werden, daß die Persönlichkeiten, die papabile sein können, sich möglicherweise auch in die-

sem Präsidium wiederfinden. Es sind in diesem Raum einige Herren, ich denke hier an Paul Lücke²¹, an Kurt Georg Kiesinger, um nur wenige Namen – ich will also hier die Phantasie nicht begrenzen – zu nennen. Das bedeutet aber, daß wir hier ganz offen sprechen. Draußen wird es auch ausgesprochen. Ich verstehe nicht, warum wir hier wie die Katze um den heißen Brei herumlaufen. Das bedeutet, daß man sich jetzt in der Diskussion darüber unterhält, ob es einer, zwei, drei oder vier Vorsitzende sein sollen.

Die Sozialdemokraten sind hier viel schlauer aufgrund ihrer längeren Parteigeschichte. In ihrem Statut steht für das entsprechende Gremium, was wir Präsidium nennen, keine zahlenmäßige Begrenzung. Es steht darin: Der jeweilige Parteitag beschließt die Zahl. – Man sollte es auch bei der Satzungsneufassung so machen. Wir sind in einer etwas seltsamen Lage. Unser verdienstvoller Freund Dufhues, der uns die Lösung heute vorgeschlagen hat, ist auch als Vater von Stuttgart für die Viererlösung gewesen. Damals ging es Ihnen und Ihren Freunden und der Mehrheit darum, auch aus einer Ad-hoc-Situation das Beste zu machen. Vor vier Jahren in Dortmund mußte ebenfalls aus der damaligen Situation das Beste gemacht werden.²² Wer hindert uns, ohne das Präsidium jetzt aufblähen zu wollen, aus der heutigen Situation ebenfalls das Beste zu machen? Deswegen sollten auch hier noch andere Namen genannt werden; wiewohl ich meine, daß wir heute keinen abschließenden Beschluß fassen sollten, mit Ausnahme der Punkte an der Spitze, wie bereits besprochen.

Meine Damen und Herren! Das gehört nun einmal dazu. Ich glaube, Herr Stoltenberg, man tut unserem Freund von Hassel auch kein Ungemach an. Er hat ja in der öffentlichen Diskussion in diesem Zusammenhang nicht gestanden. Die Debatte ist in der Öffentlichkeit ja etwas anderes. Es ging darum, kommt es zu einer Kampfabstimmung Erhard gegen Barzel. Herr von Hassel ist in diesem Zusammenhang nicht angesprochen worden. Also – wenn Sie so wollen –, sein Prestige war nicht angesprochen.

Mir geht es darum – es ist seltsamerweise heute früh offensichtlich nicht darüber gesprochen worden –, daß wir auch im Hinblick auf zukünftige Personalentscheidungen im staatlichen Bereich, sofern wir überhaupt aufgrund der hingebungsvollen Liebe unserer Wähler und aufgrund unserer Leistungen in die Lage versetzt werden sollten, solche Entscheidungen zu treffen, daß wir uns hier heute nicht in irgendeiner Form präjudizieren. Das ist genau das, was Herr Barzel gesagt hat, daß zukünftige Entscheidungen und das Prestigedenken, das auftritt und von draußen in unsere eigenen Reihen hineingetragen wird, hier ausgeschaltet werden. Ich bin ein überzeugter Anhänger einer Lösung, die uns in die Lage versetzt, die Frage der Organisation durch einen besonders hervorragenden Freund aus unseren Kreisen hauptamtlich wahrnehmen zu lassen. Ob

21 Paul Lücke (1914–1976), Handwerker; 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. seit 1961 für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, 1965–1968 Bundesminister des Innern. Vgl. LEXIKON S. 318 f.; Jürgen ARETZ: Paul Lücke (1914–1976), in: ZEITGESCHICHTE 11 S. 195–212.

22 11. Bundesparteitag in Dortmund vom 2.–5. Juni 1962. Änderung der Parteisatzung: Adenauer wurde Bundesvorsitzender, Dufhues Geschäftsführender Parteivorsitzender, vgl. KLEINMANN S. 185–196.

Sie den Mann Generalsekretär oder sonstwie nennen, ist eine völlig andere Frage. Mir kommt es nicht auf den Titel an, sondern darauf, daß in der eigentlichen Parteispitze alles Männer sind, die irgendein wichtiges Amt haben, das den ganzen Mann erfordert. (*Zuruf:* Und die Frauen!) Ich will der Entwicklung nicht vorgreifen, ich kann auch sagen: Die also ein Amt haben, das den ganzen Mann oder die ganze Frau erfordert. Warum sollten wir, wenn wir uns vorbereiten, das letzte Drittel dieses Jahrhunderts durch unsere Politik zu bewältigen, nicht begreifen, daß in einer modernen Massengesellschaft wahrscheinlich das System, wie es die italienischen Christlichen Demokraten haben, sehr viel tragfähiger ist; ein System, Herr Bundeskanzler, das in Goslar im Jahre 1950 bei uns schon einmal in der Diskussion war. Das sollte man hier auch sehr ernsthaft diskutieren. Man kann auch hier Namen nennen. Vielleicht ist es zweckmäßig, in diesem Fall zunächst einmal über die Frage, ob es sinnvoll ist, ein solches Amt einzurichten, sich hier auszusprechen. Das wird auch draußen in der Partei diskutiert. Deswegen sollte man hier die Dinge nicht verschweigen und so tun, als wäre es nicht so.

Ich darf also noch einmal herzlich darum bitten, daß wir jetzt wirklich diskutieren, damit wir nicht umsonst hierher gefahren sind; denn das hätten wir auch per Fernschreiben erledigen können. Wir sollten zum Schluß zu einer Kommission kommen, Herr Dufhues, die die Detailarbeit macht. Wir sollten ferner einen Termin vorsehen, an dem wir endgültig diskutieren, um uns dann für den Parteitag einzurichten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Meyers.

Meyers: Meine lieben Parteifreunde! Wir sind in der Diskussion, Herr Kohl. Wir brauchen es also nicht mehr formell zu beschließen. Ich bin der Ansicht, daß es von der Spitze abhängt, wie man die Organisation ausgestaltet. Je breiter die Spitze, desto schlagkräftiger muß die Organisation sein; sonst klappt es nicht. Wir haben in den Organisationsformen in der Spitze gewechselt. Es sind einige Daten der Vergangenheit aufgezählt worden. Da das Ideal eines Parteivorsitzenden, der sich allein der Partei widmet, nicht zu schaffen ist, sollten wir nun aber zunächst einmal vom Prestigedenken überhaupt weggehen. Wir sollten deshalb sagen, was können wir aus der gegebenen Situation am besten für die Partei machen.

Dabei ist festzustellen, daß das Parteipräsidium, wie es gewählt ist, bis zum nächsten Parteitag in Funktion ist. Es wird keiner überhaupt in Frage oder heraus- oder zurückgestellt. Was uns in den letzten Wochen politisch belastet hat und wofür ich bitte, Verständnis zu haben gerade wegen der bevorstehenden Wahlen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen, ist die Frage des Gegeneinanderspielens von zwei Persönlichkeiten aus unserer Partei. Ich bin denjenigen, die sich darum bemüht haben, außerordentlich dankbar, daß sie uns einen Weg zeigen, der hoffentlich dazu führt, dieses Gegeneinander, das zum Prestigedenken zu führen drohte – ob es dahingeführt hat, darüber kann man sich streiten –, zu beenden. Dazu müssen wir heute kommen. Wir müssen heute zu einem Beschluß kommen, daß es nicht mehr so ist, daß zwei gegeneinander sind, sondern zwei miteinander, die von uns vorgeschlagen werden. Die anderen sind alle zunächst noch nicht berührt.

Ich muß Sie bitten, auch einmal darauf Rücksicht zu nehmen, daß bisher in dem ganzen Parteipräsidium keine einzige Frau vertreten ist. Es ist auf die Dauer für unsere Partei unmöglich, immer auf die Frauenwähler zu spekulieren, ihnen aber in der Repräsentation nicht den gebührenden Platz einzuräumen. (*Beifall.*)

Das muß ich einmal sagen, obwohl ich den Frauen immer wieder sage, geht in die Partei, und ihr könnt ein Matriarchat bekommen, weil sie doch die Mehrheit haben, auch in unserem Lande. Aber das ist doch zu berücksichtigen, und ich bäte doch dringend bei diesen ganzen Überlegungen darum, den Grundsatz, den man immer haben muß, zu beachten: So wenig wie möglich und nur so viel wie nötig. Dabei ist eine Reihe von Dingen gegeneinander abzuwägen. Das fängt bei uns mit der leidigen Konfessionsfrage an und hört bei den Landsmannschaften und bei den gesellschaftlichen Schichten auf. Das muß alles in ein fein abgewogenes System gebracht werden. Wenn Sie das haben und dazu die kleinstmögliche Zahl eines Präsidiums, dann können Sie bestimmen, wie die Organisation sein muß.

Dafür ist aber hier der Bundesvorstand überfragt. Sie können heute diskutieren und Namen nennen. Sie können sagen, wir wollen zwei oder vier Stellvertreter haben; wir wollen ein Präsidium von elf oder zwölf Mitgliedern haben, Sie können aber dann nicht hier die Organisation, die sich daraus ergibt, beschließen. Dafür müssen Sie nach meiner Meinung eine Kommission einsetzen, die dann aus dem, was Sie wollen, die nötigen Folgerungen zieht, damit wir dem Parteitag dann allerdings ein geschlossenes Ganzes vorlegen; denn es muß dem Parteitag eine Konzeption aus einem Guß vorgelegt werden, wenn wir überhaupt Erfolg haben wollen und nicht das Ganze auf dem Parteitag zu einem Desaster werden soll, das dann noch schlimmer ist als das, was in den letzten Wochen auf uns niedergegangen ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann. (*Grundmann:* Ich verzichte zunächst.) – Bitte sehr, Herr Dichtel.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Nach der Debatte, die wir heute morgen erlebt haben, bin ich froh, daß sich hier diese Lösung abzeichnet. Ich wäre dankbar, wenn Sie jetzt dem Vorschlag von heute morgen zustimmen würden, denn damit kämen wir aus der befürchteten Kampfabstimmung zwischen den beiden bewährten Parteifreunden heraus. Man hat sich in verschiedenen Kreisen über Organisationsfragen Gedanken gemacht. Der Vorschlag von Dufhues besteht darin: einen 1. Vorsitzenden, Herrn Erhard; einen 1. Stellvertreter, Herrn Barzel; einen 2. Stellvertreter, Herrn von Hassel. Und damit Schluß. Diese drei sollten es sein. Wenn ich Sie recht verstanden habe, sind Sie dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß dann ein Generalsekretär kommen müsse; denn darüber müssen wir uns klar sein, es hat wirklich keinen Sinn, daß wir Herrn Erhard und Herrn Barzel, die beide beruflich so stark in Anspruch genommen sind, daß beide wohl als eigentlicher Träger der Parteiarbeit nicht in Frage kommen, noch weitere Arbeit auferlegen. Deshalb müssen wir doch eine Persönlichkeit haben, die sich wirklich der Partei gegenüber in der Tagesarbeit verpflichtet fühlt. Das würde nach Ihrem Vorschlag, Herr Dufhues, der Generalsekretär sein.

Dagegen war auf der anderen Seite der Gedanke aufgetaucht – das wurde von Baden-Württemberg aufgenommen –, etwa vier Vorsitzende zu wählen und davon eine Persönlichkeit herauszustellen, die die praktische Arbeit macht. Wenn Herr Grundmann gesagt hat, man solle doch erwägen, in dieses Führungsgremium einen Vertreter aus dem sozialen Raum zu nehmen, dann wären wir schon bei drei Stellvertretern. Damit kämen wir fast auf diese Viererlösung hinaus. Der vierte Mann könnte aber nur ein Mann sein, der auch bereit ist, die politische Arbeit im Tagesgeschehen zu tragen. Wir hätten am liebsten eine ideale Persönlichkeit, die nur die Arbeit der Partei macht. Ich möchte nicht vorgreifen, aber ich glaube, daß wir auch hier Ansätze finden könnten. Auf alle Fälle wird man sich bei der organisatorischen Änderung vorher überlegen müssen, welche Persönlichkeit es sein soll. Darüber sollten wir jetzt diskutieren. Am Ende wird dann die Kommission beauftragt werden müssen.

Ich wiederhole, wir haben heute gesagt: Bundeskanzler Erhard, 1. Vorsitzender; Dr. Barzel, 1. Stellvertreter. Dann sollte als nächster Herr von Hassel zweifellos in Frage kommen.

Vergessen Sie nicht, daß wir einen Vorsitzenden suchen, der die praktische Arbeit tut. Das ist die entscheidende Frage. Wenn das nicht möglich wäre, hätten wir unsere Aufgabe nicht richtig gelöst.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Worte! Wir standen doch vor der Gefahr, daß auf dem Parteitag zwei Kandidaten einander gegenüberstanden und daß dann natürlich nur einer von ihnen gewählt werden kann, der mit einer kleinen Mehrheit gewählt sein würde, und der andere dann im leeren Raum stünde.

Die Meinungen, wer gewählt werden würde, waren so im Gespräch geteilt, aber ich glaube, nach dem, was ich verstanden habe, würde Herr Barzel gewählt werden, wenn sich zwei Kandidaten einander gegenüberstünden.

Dann kam Herr Kollege Dufhues mit seinem Vermittlungsvorschlag, der sehr begrüßt wurde. Über Mittag hat, wie sie wissen, Herr Dufhues mit den beiden Herren gesprochen. Aber die Erklärung der beiden Herren, daß sie diese Lösung für gut fänden, hatte zur Voraussetzung selbstverständlich für Herrn Erhard, daß er der Vorsitzende, und für Herrn Barzel, daß er der 1. Stellvertretende Vorsitzende sein müsse, und daß vielleicht noch ein dritter, also ein 2. Stellvertretender Vorsitzender, hineinkommen würde, aber nicht ein endloser Schwanz von Vorsitzenden. Sonst müssen wir Herrn Barzel hierher bitten, dann kann er seine Meinung dazu sagen. Aber ich glaube bestimmt, Ihnen jetzt schon sagen zu können, daß er erklären wird: Nein, das habe ich so nicht verstanden, und das mache ich nicht mit.

Meine lieben Freunde! Wir haben heute morgen in diesem Raum vier Stunden lang Weisheiten gehört. Das ist für einen Tag viel; auch für den Saal, der trägt das fast nicht mehr. Aber ich meine, wir sollten uns auf den Standpunkt stellen und sagen: Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender und ein 2. Stellvertretender Vorsitzender. Aber nicht mehr. Für die Herren und Frauen, die dann noch in die Organisation hineinkommen, müssen wir noch eine andere Bezeichnung finden.

Wenn Sie anderer Ansicht sind, würde ich Herrn Barzel bitten, hierherzukommen und ihm zu sagen, ob er unter veränderten Umständen bei seinem Ja bleibt. Ich versichere Ihnen, er wird nicht dabei bleiben. Dann haben wir die ganze Sache noch einmal vor uns, wie wir sie heute morgen vor uns gewälzt haben, und wir stehen dann in der Gefahr, daß wir auf dem Parteitag zwei Kandidaten gegeneinander haben, was doch auf alle Fälle für eine Partei sehr schlecht ist. – Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Ich möchte ausdrücklich bestätigen, daß das Ergebnis meiner Besprechung mit Herrn Barzel ist. Er hat mir ausdrücklich auf Befragen erklärt, daß er die Lösung akzeptieren würde: Vorsitzender, 1. Stellvertreter, 2. Stellvertreter. Er halte es aber nicht für richtig und geeignet, folgende Lösung vorzusehen: ein Vorsitzender, vier Stellvertreter. Ich möchte Ihnen persönlich auch sagen, wenn nicht ganz besondere Umstände dafür sprechen, diese erste Lösung 1 + 2 ist nach meiner Meinung die zweckmäßigere. Die Lösung 1 + 4 ergibt bereits ein Gremium, das in sich verhältnismäßig autark sich entwickeln würde, während die übrigen Mitglieder des Präsidiums nur gelegentlich zu den Beratungen hinzukämen; eine Erfahrung, lieber Herr Kollege Kohl, die wir in früheren Jahren gemacht haben. Ich glaube, daß sich also auch unter sachlichen Gesichtspunkten diese Lösung abzeichnet. (*Kohl:* Wenn die Herren sich das nicht gefallen lassen, kann man es auch nicht ändern.) Es gibt sicher Entwicklungen, aber wenn Sie zu einer anderen Lösung als 1 + 2 kommen, dann wäre es notwendig, die Verhandlungen und Besprechungen noch einmal aufzunehmen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Vorsitzender! Ich möchte nachdrücklich noch einmal das unterstützen, was unser Freund Stoltenberg vorhin ausgeführt hat. Ich glaube, daß das Ergebnis, das sich heute morgen nach langer Diskussion abgezeichnet hat, das auch hier wieder dargestellt worden ist, nicht nur uns, sondern auch die große Breite unserer Partei außerordentlich befriedigen wird. Ich glaube auch, daß die deutsche Öffentlichkeit, die mit großer Spannung auf unsere Beratungen blickt, ebenfalls damit erleichtert wird.

Nun bin ich allerdings der Auffassung, daß wir nicht ohne irgendwelche Not einen weiteren Freund, nämlich Herrn von Hassel, ins Gerede bringen dürfen, das entstände, wenn wir dem Vorschlag unseres verehrten Herrn Dufhues folgen würden, der, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dahin geht, wir sollten hier einen Beschluß formulieren und der Öffentlichkeit übergeben, der feststellt: Erhard 1. Vorsitzender; Barzel 1. Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter. Das würde ganz eindeutig bedeuten, daß dann das Gerede von Herrn von Hassel, ohne daß wir es beabsichtigen, in der Öffentlichkeit beginnt. Ich möchte darauf hinweisen, daß dann Kombinationen der uns nicht immer günstig gesonnenen Presse angestellt werden im Hinblick auf gewisse Dinge, die sich innerparteilich vollziehen können, wie aber auch im Hinblick auf sein Regierungsamt und seine Verhandlungen mit dem Verteidigungsausschuß des Bundestags. Wenn wir Namen nennen, dann sollten wir auch alle drei Namen nennen. Das ist ja auch in der Diskussion zum Ausdruck gekommen.

Herr Bundesvorsitzender! Ich folge Ihren Ausführungen, wenn Sie sagen, keine allzu große Ausweitung. Das ist richtig im Hinblick auf das engere Präsidium oder die ei-

gentliche Führung unserer Bundespartei. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen – diesen Vorschlag habe ich schon in diesen Tagen in einem Gremium der Landesvorsitzenden gemacht; wir haben gestern abend auch darüber diskutiert –, daß unser Parteitag es sich wesentlich leichter machen wird, wenn wir zu dem Tableau von Stuttgart zurückkehren und die vier Stellvertretenden Vorsitzenden erörtern, wobei ich voranstelle, daß der 1. Stellvertreter Herr Barzel sein soll.

Herr Dufhues! Haben Sie Herrn Barzel gefragt, ob er etwas dagegen hätte, wenn er 1. Stellvertreter wäre, das andere aber gleichberechtigte Stellvertretende Vorsitzende wären? Darüber müßte, wie Sie mit Recht gesagt haben, Herr Bundeskanzler, Herr Barzel noch einmal gefragt werden. Aber wenn wir sagen, er soll 1. Stellvertretender Vorsitzender sein, aber neben ihm noch weitere drei, dann glaube ich, daß das dem ganzen politischen Gehalt unserer Besprechungen und vor allen Dingen dem etwas schwierigen und nicht ganz überschaubaren Klima auf dem Bundesparteitag im März entsprechen würde. Ich plädiere auch deswegen dafür, lieber Herr Dufhues, weil ich nicht sehen kann, wie ein politischer Generalsekretär – wobei ich mich nicht an dem Namen festklammere – sich bei dieser Konstellation, ohne nicht sofort aufgerieben zu werden, überhaupt amtierend soll, nämlich ein politischer Generalsekretär, den wir in der CDU noch nie gekannt haben. In der CSU hat es ihn gegeben. Sonst kennt nur die Democrazia Cristiana in Italien den Generalsekretär, sowie einige andere Länder, mit denen wir uns nicht unbedingt vergleichen wollen.

Ich glaube nicht, daß der politische Generalsekretär eine Lösung der Aufgaben bietet hinsichtlich der politischen Durchschlagskraft der Organisation unserer Bundespartei.

Herr Vorsitzender! Lassen Sie mich einmal ganz offen und deutlich aussprechen, daß wir seit Jahren einen sehr qualifizierten, sehr fleißigen und tüchtig amtierenden Bundesgeschäftsführer²³ haben. Dieser Bundesgeschäftsführer wird in Zukunft sehr viel besser und durchschlagskräftiger arbeiten können, wenn er sich auf einen Beschluß eines freudigen und fähigen Bundesvorstands oder Präsidiums stützen kann. Das, was das Präsidium beschließt und aktiv erarbeitet, das kann der Bundesgeschäftsführer oder Generalsekretär durchsetzen, aber als solcher allein gegen die Figur und Persönlichkeit des 1. Vorsitzenden gleich Bundeskanzler und gegen den 1. Stellvertreter gleich Fraktionsvorsitzender zu amtierend, das scheint mir nicht zweckentsprechend und nicht zweckmäßig zu sein.

Deswegen meine ich, wir sollten die Lösung von vier Stellvertretern nehmen, wovon einer, nämlich Herr Barzel, herausgestellt ist und die anderen etwas weiter als Stellvertreter davon abgehoben sind. Ich meine auch, der Landesverband Rheinland sollte mit einer Persönlichkeit unter diesen Stellvertretern zusätzlich vertreten sein. Das gleiche gilt für unsere süddeutschen Freunde, die ebenfalls einen Vertreter nominieren sollten. Es sind ja schon Namen genannt worden, wie Kiesinger, Heck usw. Das ist eine Angelegenheit auch der Kommission, der ich zustimme, die dann ihren Vorschlag für den Parteitag zu machen hat.

23 Konrad Kraske.

Was wir brauchen, Herr Vorsitzender, ist eine Bundesparteführung, die in ihrer Geschlossenheit und in ihrem Willen ganz eindeutig festgelegt ist, diese von uns gestellte Bundesregierung für die Dauer der Legislaturperiode tatkräftig zu unterstützen.

Adenauer: Nein, meine Herren, die braucht mehr! Die muß mehr haben als nur die Unterstützung der gerade im Amt befindlichen Regierung. Die soll dafür sorgen, daß eine lebenskräftige Partei da ist. Ich möchte Ihnen nur auf einen Punkt jetzt antworten. Sie sprachen vom politischen Generalsekretär. Das Politische schenke ich Ihnen auch. Das braucht man nicht dabeizusetzen. (*Zuruf:* Das stammt von Herrn Dufhues!) Nun, das kann ein Versehen gewesen sein. (*Heiterkeit.*) Aber die meisten anderen Länder haben Generalsekretäre. Dort ist der Geschäftsführer nicht gleichrangig mit dem Generalsekretär. Infolgedessen sind wir vielfach bei internationalen Zusammenkünften nicht vertreten. Wir wären vertreten, wenn wir einen Generalsekretär hätten. Ich bitte Sie, unter dem Gesichtspunkt auch die Sache einmal zu überlegen.

Meine Damen und Herren! Sie waren ja auch nur z. T. bei den Unterhaltungen heute morgen zugegen, aber ich glaube, wir handeln klug und richtig, wenn wir Herrn Barzel bitten, hierherzukommen, um ihn zu fragen, wie er zu der Sache steht, sonst reden wir hier stundenlang, und nachher sagt Herr Barzel, nein, das tue ich nicht. (*Bewegung und lebhaft Unruhe.* – *Fay*²⁴: Wir sind doch noch nicht fertig!) Haben Sie etwas dagegen? (*Fay:* Ja, daß die Entscheidung davon abhängig gemacht werden soll, wie Herr Barzel darüber denkt, Herr Bundeskanzler. Einstweilen sind wir noch mitten in der Diskussion. Wir sind der Bundesvorstand, und wir haben zu bestimmen zunächst!) Ach, meine Herren, wir sind der Vorstand, und wir haben zu bestimmen! (*Unruhe.*) Wir müssen aber auch die Leute haben, über die wir bestimmen! Meine Herren! Wenn Sie heute morgen dabei gewesen wären, würden Sie verstehen, was ich da gesagt habe. Herr Dufhues hat den Vermittlungsvorschlag gemacht und über Mittag mit den beiden Herren gesprochen. Dabei ging man aber davon aus: Vorsitzender Herr Erhard; 1. Stellvertreter Herr Barzel; 2. Stellvertreter – hier wurde Herr von Hassel genannt. Unter der Voraussetzung hat Herr Barzel zugestimmt. Nun halte ich es für loyal und für klug, daß man, wenn man noch mehr Stellvertretende Vorsitzende haben will, Herrn Barzel hierher bittet – er ist auf unsere Bitte auch gegangen –, um ihn zu fragen, wie er dazu steht. Sonst haben wir hier stundenlang geredet, dann kommt Herr Barzel und sagt: Ich spiele nicht mehr mit.

Meine Herren! Soll ich nicht Herrn Barzel bitten? (*Zuruf:* Beide!) Wer sind beide? (*Zuruf:* Herr Erhard!) Herr Erhard ist jetzt im Bundestag. (*Bewegung und lebhaft Unruhe.*) Aber, meine Herren, hören Sie doch bitte einmal zu, dann brauche ich nicht so laut zu sprechen. Aber Herrn Erhard ist das recht; Herrn Barzel ist es nicht recht. (*Anhaltende Unruhe.*) Verstehen Sie doch bitte die Situation, die heute morgen hier war. Ich habe es gesagt nach meinem bestimmten Eindruck: Wenn Barzel gesagt hätte, nein, das mache ich nicht, ich nehme diesen Vermittlungsvorschlag nicht an, dann würden

24 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), Landgerichtsrat; 1948–1980 Mitglied des Frankfurter Magistrats (CDU), 1952–1967 Vorsitzender des LV Hessen, 1953–1970 MdL Hessen, 1966–1972 Bürgermeister von Frankfurt.

wir auf dem Parteitag zwei Fronten gegeneinander haben. (*Anhaltende Unruhe.* – *Fricke:* Ich wollte versuchen, einen Vorschlag zu machen.) Ein neuer Vorschlag?

Fricke: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Dufhues! Kommen wir nicht so davon, daß wir nicht wieder beginnen, uns auf Stuttgart zurückzuziehen, sondern daß wir auf der Basis der jetzt gültigen Satzung eine Lösung suchen. Da heißt es: Die Zusammensetzung des Präsidiums usw. – Es liegt doch dann einfach in der Hand unserer führenden Persönlichkeiten, den Arbeitsstab zu nehmen und zu sagen: Nicht der engere Vorstand allein dirigiert hier, sondern das Präsidium, von dem wir heute früh hörten, daß es selten, weil die Herren so belastet waren, in Aktion treten konnte.

Es handelt sich um eine Frage des guten Willens und des Zwanges aus der gegebenen Situation. Warum ziehen wir uns nicht darauf zurück, nicht mehr die Lösung mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden zu machen, aber zu zweit. Das steht ja in der Satzung, und zwar in Dortmund eingebaut: Statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters können dem Präsidium angehören²⁵ ... Das wird nun die Aktionsspitze: der Bundesvorsitzende; ein 1. Stellvertreter; ein 2. Stellvertreter und vier weitere Mitglieder. Mit den vieren sind es zusammen sieben. Damit haben sie jede Möglichkeit, den regionalen und sonstigen Aspekten Rechnung zu tragen. Das wäre mein Vorschlag.

Adenauer: Meine Herren! Ich wiederhole nochmals, wir handeln klug, wenn wir Herrn Barzel hierherbitten. (*Rasner:* Ich kann ihn ja holen!)

Dufhues: Aber Herr Fricke hat einen Vorschlag gemacht, der sich deckt mit meinem Vorschlag, abgesehen von der Frage, ob es bei den vier bleibt, oder besser ist, sechs oder sieben zu nehmen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Es sind noch zu Wort gemeldet die Herren Seebohm, Grundmann und Klepsch. – Bitte sehr, Herr Seebohm!

Seebohm: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte einmal ganz grundsätzlich unterstützen, was Herr Dr. Fricke gesagt hat, weil ich glaube, daß Herr Dufhues insoweit falsch interpretiert worden ist, als er meinte, die Spitze solle nur aus dem Vorsitzenden, dem 1. und dem 2. Stellvertreter bestehen.

Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, daß Sie die Frage der vier Beisitzer – wenn ich sie einmal so nennen darf – nicht diskutiert haben, sondern daß es Ihnen darauf ankam, klar und deutlich herauszustellen, es gibt nur einen Vorsitzenden, einen 1. und einen 2. Stellvertreter. Dann aber gibt es Beisitzer. Hier steht: weitere Mitglieder. Ich glaube, daß Herr Barzel nur von einer Sache ausgeht, aber ich möchte ihn nicht interpretieren, weil er nicht da ist. Ich glaube, daß er nicht weitere Stellvertreter à la Stuttgart haben möchte. Ich gehe sogar so weit, die Frage für die Kommission aufzuwerfen, die das untersuchen soll, ob es nicht genügt, daß wir einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter haben und dann eine Reihe von Beisitzern. Die mögen sich dann miteinander einigen für den Fall, daß beide ausfallen, wer dann als Ältester oder sonstwie den

25 In § 21 des Statuts der CDU vom 27. April 1960 i. d. F. vom 5. Juni 1962 wurde festgelegt: „Er [der Bundesparteitag] kann anstelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wählen.“

Vorsitz führt. Dann haben wir die Situation ganz klar. Wir haben keine Verminderung irgendeiner Position, wie sie sich heute ergibt, wenn es keinen zweiten Stellvertreter gibt, den kann man ja streichen, wenn es also außer dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter eine Anzahl von Beisitzern gibt, über deren Zahl sich die Kommission zusammenfinden kann, wobei wir alle entsprechenden Stellen einbauen könnten.

Ich unterstütze auch unseren Freund Grundmann insofern, als ich klar und deutlich sagen möchte, wenn wir nicht einen Mann aus den sozialen Kreisen nehmen, von denen der Herr Bundeskanzler heute morgen gesprochen hat, wäre das nicht gut. Um aber auch hier nicht eine Wertung einzuführen, um nicht die Leute aufzuregen, die die Dinge immer konfessionell sehen und sagen, der Vorsitzende ist evangelisch, der 1. Stellvertreter ist katholisch, der 2. Stellvertreter ist evangelisch, sollte man dieser Katze den Schwanz abhacken und sagen: Wir haben einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und eine Reihe von Beisitzern. Dann kann man alle diese Dinge zwischen den beiden klären. Dazu sollte sich die Kommission äußern.

Die Frage des Generalsekretärs oder wie Sie ihn nennen wollen! Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht nur die Democrazia Cristiana in Italien, sondern auch andere Parteien in Österreich usw. diesen Generalsekretär haben, daß dieser Generalsekretär aber ein ganz besonderes Gewicht hat. Sie sehen, daß in Italien der Generalsekretär jeweils der Ministerpräsidentenanwärter ist, und daß auch in Österreich diese Frage immer eine große Rolle gespielt hat. (*Lemma*²⁶: Dann wird es noch komplizierter!) Ich möchte mich dafür aussprechen, daß wir bei dieser Regelung bleiben, wie wir sie jetzt haben, nämlich ein Präsidium und eine Bundesgeschäftsstelle, und daß diese Bundesgeschäftsstelle nicht derartige politische Ambitionen hat, sondern daß sie sich ausschließlich der Arbeit widmet und diese Arbeit mit dem Präsidium abstimmt. Mir scheint das richtig zu sein. Ich warne davor, daß man Generalsekretäre aufnimmt. Wir haben auch in den Landesverbänden gewisse Erfahrungen, daß man Generalsekretäre hat, die nachher selber mit Kulissen schieben. Das hat keinen Zweck. Kulissenschieber brauchen wir nicht. (*Unruhe und Bewegung*.) Wir müssen Leute haben, die klar und deutlich entscheiden. Wir müssen die Situation so gestalten, daß die beiden Männer, die wir herausstellen, als Gespann ganz deutlich in Erscheinung treten, es darf aber nicht eine Troika werden. Ich bin also der Meinung: Vorsitzender, Stellvertreter, Beisitzer, Aus!

Adenauer: Das Wort hat Herr Russe²⁷.

26 Ernst Lemmer (1898–1970), Redakteur; 1945–1947 stv. Vorsitzender der CDU Berlin, 1945 Mitgründer und bis 1949 3. Vorsitzender des FDGB, 1950–1969 MdA Berlin, 1952–1970 MdB, 1956–1961 Vorsitzender der CDU Berlin, 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU, 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für gesamtdeutsche Fragen, 1964/65 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin. Vgl. KEMPF/MERZ S. 424–428; Marion HAUSMANN: Vom Weimarer Linkliberalen zum Christdemokraten. Ernst Lemmers politischer Weg bis 1945, in: Jahrbuch zu Liberalismus-Forschung 14 (2002) S. 197–218.

27 Hermann Josef Russe (geb. 1922), Diplom-Volkswirt; 1952–1963 Bildungsreferent in den Sozialausschüssen der CDA, 1963–1966 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1965–1980 MdB.

Russe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Man muß die Dinge auch historisch sehen. Warum haben wir eigentlich einen Geschäftsführenden Vorsitzenden in Dortmund gewählt? Doch nur deshalb, weil der Bundeskanzler als Parteivorsitzender in seiner Amtsführung – Herr Bundeskanzler, verzeihen Sie, wenn ich jetzt so formuliere – so belastet war, daß um der Organisationsintensität wie der Partei willen ein Geschäftsführender Vorsitzender gewählt worden ist. Das ist doch der Ausgangspunkt zunächst einmal.

Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt und sagen, der Bundeskanzler wird Vorsitzender, der Fraktionsvorsitzende wird der 1. Stellvertreter, der Verteidigungsminister soll der 2. Stellvertreter werden. Verzeihen Sie, wollen Sie den Fraktionsvorsitzenden unserer Partei, den jungen Freund Barzel, in dieser Doppelarbeit „verheizen“ lassen? Oder aber Sie müssen dann dem Bundesgeschäftsführer, wenn Sie diese Position behalten wollen, einen solchen Umfang von Vollmachten zugestehen, der dahin hinausläuft, daß er Generalsekretär wird. Eines von beiden geht nur.

Ich glaube, Herr Dr. Kraske wird mir recht geben – und ich darf das als bisheriger Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse genauso zum Ausdruck bringen, daß doch letzten Endes der Mann, der die Geschäfte führt, je nachdem, was er für einen Vorstand hat, entweder der Gehandikapte ist oder derjenige, der alles machen muß. Wenn Sie von der Tatsache ausgehen, müssen Sie doch damit rechnen, daß diese Position „Geschäftsführender Vorsitzender“, die jetzt leider durch den Verzicht von Herrn Dufhues – den wir verstehen, ich darf das auch sagen – in Zukunft verlorenght, wenn wir nicht eine neue Konstruktion irgendwelcher Art schaffen, die in etwa Ersatz für die bisherige Position bietet.

Bilden wir uns doch nicht ein, als wenn das Herr Barzel in Personalunion in Zukunft machen könnte. Wenn er das machen will, gut, dann wird also Herr Rasner demnächst die Fraktion führen. Ich habe nichts dagegen; (*Unruhe und Bewegung.*) nur muß man sich darüber im klaren sein, was das insgesamt bedeutet. (*Heiterkeit.*) Wir müssen also die Funktion eines Geschäftsführenden Vorsitzenden dieser oder jener Art wieder aufbauen. Wollen wir das nicht tun, dann gehen wir in dieselbe Situation wie vor Dortmund zurück. Wenn der Herr Bundeskanzler vorhin in seinem Beitrag den Ernst der Lage dargestellt und aufgezeigt hat, was alles auf uns zukommt, dann möchte ich wissen, wie das Herr Barzel in der Doppelfunktion machen soll. Das sage ich ihm genauso deutlich, wenn er dabei ist. Es geht nicht um seine Person. Ich habe nicht die Absicht, für meine Person darf ich das sagen, Herrn Barzel in einem Jahr oder in zwei oder in drei Jahren „verheizen“ zu lassen.

Nun darf ich ein anderes Problem ansprechen. Ich bitte, das sehr ernsthaft zu überdenken. Die Kommission muß einen Ausweg finden aus dieser Misere, wenn ich sie so bezeichnen darf. Ich darf eine zweite Position ansprechen. Herr Dr. Stoltenberg, ich bin nicht Ihrer Auffassung, daß, wenn die dritte Person, die genannt worden ist, heute nicht zu einer klaren Entscheidung geführt wird, irgendwelchen Schaden hat. Bisher sitzen

im Präsidium Herr Dr. Krone, Herr Dr. Gerstenmaier, Herr Blank²⁸ und Herr Erhard. Dieser kommt nun auf den ersten Posten. Nehmen die Herren nicht auch Schaden, wenn wir heute ohne weiteres Herrn von Hassel auf diesen Schild heben? Ist das abgeklärt unter diesen Herren? Herr von Hassel ist in Dortmund Stellvertretender Geschäftsführender Vorsitzender geworden, nach meinem Wissen unter dem Aspekt seiner Wahlkampf-führung im Jahre 1961 und der sich notwendig ergebenden Proporzsituation katholisch-evangelisch in der Funktion des Geschäftsführenden Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden. Dafür haben wir alle Verständnis gehabt. Keiner der übrigen Mitglieder des Präsidiums hat hierin in irgendeiner Form eine Abwertung gesehen.

Aber heute, wo wir eine völlig neue Situation haben, zu sagen, automatisch geht es nun auf Herrn von Hassel zu – ich sage damit nichts gegen Herrn von Hassel; ich bitte, das sehr klar und deutlich feststellen zu dürfen –, ohne mit den übrigen Herren des Präsidiums Rücksprache genommen zu haben, ohne daß diese sich erklärt haben, das geht zu weit. Das muß man auch vorweg klären.

Meine Damen und Herren! Ich habe ein Drittes, was ebenso deutlich festgestellt werden muß. In der ursprünglichen Konzeption der Parteispitze war einer der Vertreter immer ein Arbeitnehmer. Ich erinnere an Jakob Kaiser²⁹, der in seiner Funktion als Berliner und als Vorsitzender der Sozialausschüsse in dieses Amt berufen wurde. Ich erinnere weiter an Stuttgart, und zwar an die Ausdehnung des engeren Vorstands durch unseren Freund Karl Arnold³⁰. Wir haben dann später auf eine Position verzichtet. Das ist gut angekommen in der Öffentlichkeit und hat uns nicht irgendwelche Schwierigkeiten gebracht. Ich spreche das objektiv und deutlich aus. Aber diese Funktion eines Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft im inneren Vorstandsgefüge der Partei kann nicht ohne weiteres abgetan werden, und zwar unter den Voraussetzungen, wie sich die politischen Problemstellungen in der Arbeitnehmerschaft abzeichnen.

Ich bin auch damit einig, wenn man hier gesagt hat, daß die Mitarbeit einer Frau im engeren Vorstand notwendig ist. Auch das muß überlegt werden. Es gibt eine Fülle von Problemen, die sich stellen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese im Augenblick einfach damit lösen wollen, daß Sie sagen: Drei Stellvertreter, weitere Präsidiumsmitglieder, über die wir uns noch unterhalten müssen, keine klare Funktion bezüglich des Bundesgeschäftsführers – alles das bleibt offen –, dazu keine Erklärung der übrigen

28 Theodor Blank (1905–1972), Maschinenbauer; Mitgründer des DGB, 1946/47 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1949 MdWR, 1949–1972 MdB, 1955/56 Bundesminister der Verteidigung, 1957–1965 für Arbeit und Soziales. Vgl. LEXIKON S. 196 f.

29 Jakob Kaiser (1888–1961), Buchbinder; 1933 MdR, 1945–1947 Vorsitzender der CDU Berlin und in der SBZ, 1948/49 MdPR, 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. LEXIKON S. 291 f.; Tilman MAYER: Jakob Kaiser, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 324–329.

30 Karl Arnold (1901–1958), Schuhmacher; Mitgründer des DGB, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1957/58 MdB, 1958 Vorsitzender der CDA. Vgl. LEXIKON S. 181 f.; Rudolf UERTZ: Karl Arnold, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 81–89.

Präsidiumsmitglieder, und dann damit auf den Parteitag gehen wollen, dann braucht doch bloß einer auszurechnen und zu sagen: Ich bin nicht gefragt worden, über mich ist man hinweggegangen. – Wie stehen wir denn da?

Also, ich bitte Sie sehr herzlich, unter diesen Aspekten dem Entschließungsentwurf, den ich für sehr vernünftig halte, zuzustimmen, den 1. und 2. Posten klar und deutlich zu besetzen und die anderen drei in einer Kommission zu diskutieren, die noch eingesetzt werden soll. Dann tritt der Bundesvorstand wieder zusammen, diskutiert über den Vorschlag und stimmt darüber ab. Lieber Herr Kohl! Damit ist nicht eine Diskussion abgewürgt. (*Kohl*: Das habe ich doch gesagt. Ich bin mit der Lösung einverstanden.) Nur können wir diese Diskussion heute nicht zu Ende führen, weil diese Position nicht bis zuletzt abgeklärt ist. Jedenfalls – das sage ich Ihnen in aller Ehrlichkeit – sollten Sie eine andere Entscheidung fällen, müßte ich mir vorbehalten, erneut darauf zurückzukommen, weil ich glaube, um der Partei und um der Union willen können wir das nicht über den Knochen brechen, sondern wir müssen das ernsthaft diskutieren, nachdem die Spitzenlösung Gott sei Dank über die Bühne ist. Wird das andere aber mehr oder weniger eine Misere bleiben, dann weiß ich nicht, meine Damen und Herren, was uns auf dem Parteitag darüber beschert wird.

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen zunächst einmal sagen, daß die Ausgangsposition zu der Vertretung dieses heutigen sehr guten Kompromisses in den verschiedenen Landesverbänden eine unterschiedliche ist. Es ist z. B. in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich gegenüber anderen Landesverbänden. Davon gehen wir aus. Das ist einer unserer Vorzüge, daß wir Unterschiedlichkeit besitzen. Sie haben sicher erwartet, daß wir heute mit sehr viel hartnäckigerem Widerstande hier auftreten würden. Wir haben uns aus guten Gründen zu diesem Kompromiß der ersten beiden Herren bekannt. Nun wird allerdings für uns kritisch – da bitte ich um Verständnis bei den norddeutschen Verbänden –, wenn Sie jetzt diese dritte Position mit ansprechen, wie sie das tun wollen. Als ich sagte, daß man eine Kommission bilden solle, bin ich davon ausgegangen, daß ein solches Gremium einfach überfordert ist, wenn es alle diese Fragen in einer Grundsatzdiskussion beraten soll, die im einzelnen notwendig sind, um die Lösung herbeizuführen, die uns einigermaßen vernünftig erscheint als Vorschlag für den Bundesparteitag.

Ich bitte Sie, nicht zu glauben, daß ich die Diskussion erschweren will, wenn ich jetzt eine Frage anspreche. Bei den Stellungnahmen, die wir bekommen haben zur Frage des Bundesvorsitzenden, haben auch konfessionelle Fragen eine Rolle gespielt. Wir fühlen uns dadurch nicht besonders belastet, aber dieser Tatbestand besteht. Das haben wir zu sehen bei den Überlegungen, die diese Kommission anzustellen hat in bezug auf die Führungsspitze, wobei ich noch einmal sage, daß diese beiden ausgeklammert sind aus den von uns gemeinsam vertretenen Gründen. Ich habe die Bitte um kollegiales Verständnis für diese Situation, damit wir die Dinge in unseren Landesverbänden leichter vertreten können.

Dr. Barzel erscheint wieder.

Adenauer: Darf ich Herrn Barzel die Situation erklären, damit er wieder an seine andere Arbeit zurückkehren kann. Ich habe Herrn Bundeskanzler Erhard auch gebeten, aber ich weiß nicht, ob er kommt oder ob er kommen kann.

Herr Barzel! Heute morgen waren wir bis zum Schluß zu keinem faßbaren Ergebnis gekommen. Dann hat Herr Kollege Dufhues den Vermittlungsvorschlag gemacht, den er Ihnen und Herrn Erhard mitgeteilt hat. Der Vorschlag lautete so: Herr Erhard Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender Herr Barzel. Als 2. Stellvertreter war Herr von Hassel genannt worden. Jetzt ist in der Diskussion der Vorschlag aufgetaucht, daß man noch andere Vorsitzende ... (*Zurufe:* Beisitzer!) nein, es ist davon gesprochen worden – lassen wir doch jetzt nicht die Sache verwischen –, daß noch andere Stellvertretende Vorsitzende hinzukommen sollen, (*Lebhafte Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) und zwar eine Frau und ein Arbeitnehmer. (*Anhaltende starke Unruhe. – Zurufe:* Die Frau soll ins Präsidium!) Aber, meine Herren, hier spricht nachher jeder für sich seine eigene Sprache, und keiner hört mehr auf den anderen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Bundeskanzler Professor Dr. Erhard erscheint.*) Ich danke Ihnen, Herr Erhard, daß Sie gekommen sind. Ich darf nochmals wiederholen, wie die Sache hier steht. Nach stundenlanger Beratung heute morgen hat Herr Dufhues einen Vermittlungsvorschlag gemacht, den er dann Ihnen und Herrn Barzel mitgeteilt hat. Wir waren alle froh über die Zustimmung, die dieser Vermittlungsvorschlag gefunden hat.

In diesem Vermittlungsvorschlag war vorgesehen: Vorsitzender Bundeskanzler Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender Dr. Barzel; 2. Stellvertretender Vorsitzender – noch nicht definitiv, aber es war hier Herr von Hassel genannt worden. Nun werden hier Stimmen laut, die in der Kategorie der Stellvertretenden Vorsitzenden noch hineinhaben wollen eine Frau ... (*Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) Sie nicht, aber es ist doch hier gesagt worden ... (*Starke Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Noch zwei Mitglieder! – *Weiterer Zuruf:* Die sollen ins Präsidium!) Meine Herren! Wollen Sie mich nicht einmal zu Ende sprechen lassen! Dann können Sie sich ja zum Wort melden und mich verbessern. Aber hören Sie doch auch mal einen anderen ruhig an, ohne daß diese dauernden Zwischenrufe kommen.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, zunächst von Herrn Grundmann, einen Arbeitnehmer hinzuzunehmen. Dann ist der Vorschlag gemacht worden, eine Frau noch hinzuzunehmen.

Nun wollte ich die Frage an die beiden Herren richten, die ja von Herrn Dufhues unterrichtet waren über den Vorschlag: Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender, 2. Stellvertretender Vorsitzender, die daraufhin zugestimmt haben, ob Sie Ihre Zustimmung auch dann aufrechterhalten, wenn noch mehrere Stellvertretende Vorsitzende dahinter kommen. Daß damit eine Frau nicht ausgeschaltet wird, ist ganz klar. Wir werden ja doch noch eine Kategorie bilden müssen. Davon war eben die Rede. Deswegen ist es gut, daß wir eine Kommission bilden, die das überlegt.

Aber diese Frage hier, Erhard : Barzel, war eine ganz spezielle Frage, die uns doch seit Tagen geradezu verrückt gemacht hat, weil wir nicht wußten, was dabei herauskommen werde. Deswegen kämpfe ich so dafür, daß, wenn nun einmal etwas Klares

gesagt worden ist, man nach Möglichkeit dabei auch bleibt. (*Unruhe und Bewegung.* – *Klepsch*: Ich bitte ums Wort!) Nein, ich bedaure, ich kann Ihnen jetzt das Wort nicht geben, Herr Klepsch, zuerst muß ich die beiden Herren doch hören. Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Das ist draußen alles sehr gut bekommen. Ich habe eine Friedenspfeife (Zigarre) des Herrn Bundeskanzlers geraucht! (*Heiterkeit.*) Es war eine gute Erfindung, uns beide zu rufen. Die Presse hat natürlich gesagt, was ist eigentlich los. Sie alle wissen, wann hier Redaktionsschluß der Presse ist. Das, was die Presse heute interessiert, ist im wesentlichen die eine Frage, die Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer eben genannt hat.

Nun zu den anderen Fragen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das, was sich heute hier anbietet, kann man natürlich auch zerreden. Wir alle wissen aus den eigenen Landesvorständen und Gremien, wie schwer es ist, bis zu einem solchen Punkt zu kommen; daß es einmal einen Kairos³¹ gibt, und wenn der vorbei ist, dann ist wieder alles kaputt. (*Zurufe*: Sehr gut!) Deshalb würde ich glauben, daß man das, was man erreicht hat, zunächst einmal festhalten soll. Über weitere Fragen wird man später sprechen können. (*Zurufe*: Sehr gut!) Darf ich zunächst einmal folgendes sagen, meine Damen und Herren: Für diesen schwierigen neuen Status bitte ich Sie, noch einmal meinen ersten Satz in Erinnerung zu haben. Wir wechseln die Spitze total, nicht nur den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, sondern auch Herrn Dufhues, und das zugleich. Wenn wir jetzt einen Start dadurch hätten, daß wir ganz neue Satzungen machen, daß wir – wie die Öffentlichkeit sagt, nicht wie ich sage – nach CDU-Manier in die Zahl ausweichen, um die Probleme zu lösen, dann haben wir miteinander einen schlechteren Start, als wir ihn brauchen können.

Deshalb würde ich an der Zahl heute nichts ändern. Eines ist allerdings klar: Wenn wir über die Partei sprechen – wir werden ja hier noch einmal zusammenkommen müssen, nachdem wir alles überlegt haben –, so brauchen wir, wenn Sie mich fragen, ein kontinuierlich arbeitendes, teamworkendes, die Kommunikation mit allen Landesverbänden pflegendes Parteipräsidium. Da stellt sich sehr wohl die Frage, ob wir mit vier Mitgliedern des Präsidiums auskommen. Die Frage ist auch in der Partei virulent, wie wir alle wissen. Aber ich meine, hier muß man unterscheiden, und man sollte nicht durch eine Inflation der Zahl der Vorsitzenden diese ganze Sache erschweren. (*Unruhe und Bewegung.*) Bitte sehr, ich war nicht in der ganzen Debatte dabei. Ich kenne die Ansprüche und weiß, daß hier auch natürlich – ich habe das gehört, als ich hereinkam – irgendwo ein konfessioneller Punkt eine Rolle spielt, daß wir im gemeinsamen Interesse natürlich mit dem, was wir heute publizieren, auch hier ein gewisses Gleichgewicht haben sollen.

Nun weiß ich, daß der Bundesvorstand das Entscheidungsgremium ist, aber jeder von uns weiß aus den eigenen Gremien, daß die Entscheidung um so besser ist, je besser sie hat vorbereitet werden können. Wenn wir jetzt so aus dem Handgelenk einen Be-

31 Griechisch: Zeitpunkt; philosophisch: der Augenblick der Entscheidung.

schluß fassen, soundso viele Stellvertreter, soundso viele Mitglieder ins Präsidium ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Kohl:* Das will niemand! – *Weitere Zurufe:* Das wollen wir ja nicht! – *Russe:* Nur die beiden ersten, und dann soll die Kommission weiter überlegen. – *Fricke:* Ob vier oder sechs! – *Anhaltende Unruhe.*) Das war mir nicht bekannt. Ich verstehe Sie doch richtig, daß man heute die zwei Namen nennt ... (*Anhaltende Unruhe!* – *Etzel*³²: Nein, nein!) Herr Etzel, ich versuche ja, mir ein Bild zu machen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Etzel:* Darf ich Ihnen sagen: Einen 1. Vorsitzenden, das ist Herr Erhard, einen 1. Stellvertreter, das sind Sie, daneben noch einen oder mehrere Stellvertreter. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Dann darf ich hier ein ganz offenes Wort sagen, und ich bitte Sie, das nicht als ein vorgeschobenes Argument zu betrachten. Der Herr Bundeskanzler Erhard wird mir das nicht übelnehmen, wenn ich das hier so offen sage. Wir hatten eine Debatte nach dem Kanzlerwechsel. Da hieß es, der neue Kanzler braucht nicht nur einen Staatssekretär, sondern auch einen Minister.³³ Er braucht zwölf neue Stellen im Kanzleramt. – Meine Damen und Herren! Das ist uns nicht so gut bekommen, obwohl es sachlich notwendig war. Wir sollten deshalb diesen Start jetzt nicht durch ein Ausweichen in die Zahl irgendwie erschweren. Dies ist mein Argument; sonst habe ich überhaupt keine Argumente. (*Zuruf:* Völlig richtig!) Ich meine also, die Frage lautet, welcher Alternative für die Satzung folgen wir: dem Geschäftsführenden Vorsitzenden mit einem Vertreter oder dem Vorsitzenden mit zwei Stellvertretern. Man tut gut daran, zunächst einmal bei der Satzung zu bleiben und alles andere dann in einer Kommission zu erwägen. Das ist mein Rat, meine Herren, wenn ich gefragt werde. (*Starke Unruhe.*)

Adenauer: Also, meine Damen und Herren! Ich muß leider nochmals das Wort ergreifen. So, Herr Kollege Barzel, wie Sie es dargestellt haben, steht die Sache hier nicht. Die Sache stand doch bis heute mittag so, daß ein Gegensatz vorlag zwischen Herrn Erhard und Ihnen, und daß wir alle miteinander es nicht wünschen, daß vor dem Parteitag das ausgetragen und darüber abgestimmt werden soll.

Dann kam der Vermittlungsvorschlag von Herrn Dufhues. Dieser Vermittlungsvorschlag bezog sich auf den Vorsitzenden und den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, nachdem vorher von Herrn von Hassel – Herr von Hassel war aber dann schon weg – die Rede gewesen ist.

Jetzt kommt hier ein neuer Vorschlag, in dieses Gremium noch neue Namen einzufügen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Nein, nein! – *Zuruf:* Ich hatte die Alternative offengelassen! – *Anhaltende Unruhe.*) Ja, der eine sagt das, der andere sagt, ich lasse die Alternative offen. Wir können hier nicht mit Alternativen weggehen, meine Herren; nachdem wir heute morgen hier so lange gegessen haben, um diese eine Sache aus der

32 Franz Etzel (1902–1970), Jurist; 1946–1949 Vorsitzender des KV Duisburg, 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS, 1957–1961 Bundesminister der Finanzen. Vgl. LEXIKON S. 236f.

33 Diskussion um Westrick, der mit 65 Jahren kein beamteter Staatssekretär sein konnte. Vgl. Nr.2 Anm. 16.

Welt zu schaffen, die unserer Partei Kopf und Kragen kosten könnte, müssen wir doch sehen, daß wir heute nachmittag hier fertig werden.

Dann haben wir noch (*Lebhafte Unruhe.*) – vielleicht hören sie mal zu, Herr Barzel – das Präsidium. Das Präsidium wollen wir vergrößern, darüber haben wir heute auch hier gesprochen, auf zehn bis zwölf Mann. In dieses Präsidium sollen, weil diejenigen, die in Bonn wohnen, in der Regel nicht hier sind und wir infolgedessen Mühe haben, eine Sitzung der in Bonn wohnenden Herren zusammenzubekommen, noch Leute aus den Ländern hineinkommen. Welche das sein sollen, darüber ist noch gar nicht gesprochen worden.

Dann ist hier der Vorschlag gemacht worden, man solle diese Frage einer ad hoc zu bildenden Kommission übertragen, die dann noch rechtzeitig vor dem Bundesparteitag uns Vorschläge machen sollte. So ist die Situation.

Nun ist die Frage, ob wir nicht Schwierigkeiten bekommen – sei es beim Herrn Bundeskanzler Erhard, sei es beim Herrn Barzel –, wenn wir die Reihe der Stellvertretenden Vorsitzenden über die Zahl drei hinaus vergrößern ... (*Zurufe: Zwei!*) Also ob wir bei zwei bleiben – es sind dann mit dem Vorsitzenden drei –, oder ob wir den Vorschlägen folgen, die jetzt hier gemacht worden sind. So hat z. B. Herr Grundmann von einem Arbeitnehmer – was ich durchaus verstehe – gesprochen. Die Frage ist, wie sollen wir es machen. – Bitte sehr, Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn ich noch ein paar Bemerkungen machen darf, dann zunächst folgendes: Wir haben nicht nur darüber gesprochen, ob wir die Zahl der Stellvertreter erhöhen, sondern auch darüber, ob wir es bei einem einzigen Stellvertreter bewenden lassen. Ich möchte also ausdrücklich festhalten, daß, worüber hier Einigung bestand, man sagen kann, daß Herr Erhard Parteivorsitzender und Herr Barzel 1. Stellvertretender Parteivorsitzender werden sollen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Über diesen Punkt ist doch hier Übereinstimmung erzielt worden. Bei dem 2. Stellvertretenden Vorsitzenden – der sollte in dem Kommuniqué namentlich mit erwähnt werden – wurde aus einer Reihe von Gründen gesagt, daß das sorgfältig geprüft werden muß. Es ist in der Diskussion gesagt worden: können wir einen 1. und 3. evangelischen Vorsitzenden jetzt in dieser Situation anbieten? Aus diesem Grunde wurden hier verschiedene Vorschläge gemacht; soll man neben dem 1. Stellvertreter die Zahl der weiteren Stellvertreter erhöhen. Das war die eine Möglichkeit, die hier erörtert wurde.

Dann tauchte die Frage auf, ob man noch einen Vertreter der Arbeitnehmer hinzunehmen solle. Die zweite Frage war, man soll sich heute zurückhalten mit der Benennung des Namens des 2. Stellvertreters; das sei das mindeste.

Die dritte Frage, die sich stellte, war die, soll man eventuell einen Generalsekretär im Rahmen des Präsidiums schaffen. Aber ich glaube, das muß man hervorheben, daß die Einigung über die Positionen 1 und 2 im Sinne des Vorschlages Dufhues, den er dem Bundeskanzler Erhard und Herrn Barzel vorgetragen hat, erzielt worden ist.

Wir sind alle im Laufe der Diskussion zu der Erkenntnis gekommen, daß es das beste wäre, eine Kommission zu bilden; denn wir müssen ja eine organisatorisch gute Lö-

sung finden. Die Kommission solle alle weiteren damit zusammenhängenden Fragen prüfen, z. B. sollen wir mehr Stellvertreter haben, sollen wir nur einen Stellvertreter haben, oder, wenn wir bei zwei bleiben, wer soll dann der zweite sein, ohne daß damit irgend etwas Abträgliches gegen eine der hier genannten Personen gesagt werden soll, sondern immer nur unter der Zielsetzung, daß wir für die Partei die bestmögliche Lösung finden wollen.

Ich glaube, wir können heute so verbleiben, wenn wir diesen einen Halbsatz, Herr Dufhues, aus Ihrem Vorschlag herausklammern. Wir würden niemandem wehe tun.

Ich kann Ihnen, Herr Blumenfeld, nicht folgen, daß wir damit Herrn von Hassel vor den Kopf stoßen würden. Ich wollte nur sagen, das war das Ergebnis, über das wir hier völlige Einmütigkeit erzielt haben. Alles andere würde zu einer endlosen Diskussion führen. Die Diskussion sollten wir dann führen, wenn die Kommission die nötigen Vorarbeiten dazu geleistet hat.

Adenauer: Herr Klepsch, aber eines müssen Sie jetzt hinzufügen, es ist gelungen (*Starke Unruhe.*) – wollen Sie mal bitte zuhören –, diese Differenz dadurch aus dem Wege zu schaffen, daß Herr Barzel der 1. Stellvertreter wird. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Bitte einen Augenblick Ruhe, meine Herren!

Es ist aber ein großer Unterschied, ob ich der 1. Stellvertretende Vorsitzende von dreien bin oder von fünf oder sechs. Und um diese Frage handelt es sich doch. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Oder des einen!) Ich wollte verhüten, meine Damen und Herren, daß die Kommission sich hinsetzt und sicher klug arbeitet, nachher aber Herr Barzel sagt, so haben wir nicht gespielt. Das wollte ich verhüten.

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Darf ich noch eines hinzufügen. Ich glaube, es bestand hier auch Einmütigkeit darüber, daß zu dieser Kommission selbstverständlich Herr Bundeskanzler Erhard und Herr Barzel kommen sollten. Diese Gefahr, Herr Bundeskanzler, die Sie jetzt andeuten, sehe ich also nicht, weil ja die beiden Herren unmittelbar beteiligt werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Die Politiker zeichnen sich dadurch aus, daß sie jedenfalls sich eines Tages entscheiden. Ich meine, daß wir jetzt auch hier die Diskussion abrechnen und endlich zu einem Ergebnis kommen sollten. (*Zurufe:* Sehr gut!) Wenn ich versuche, die Basis für eine Empfehlung an den Bundesparteitag zu finden, dann knüpfe ich das an die vielfältigen Beiträge an, die hier geleistet worden sind. Ich schlage Ihnen deshalb vor, folgende Entschöpfung anzunehmen: Der Bundesvorstand der CDU empfiehlt dem Bundesparteitag, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. (*Zurufe:* Zum 1.!)

Ich wiederhole: Zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ich will Ihnen doch meinen Vorschlag machen. Jetzt folgt der zweite Absatz: Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll.

Ich habe jetzt nur eine Frage, soll es heißen: zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, oder: zum Stellvertretenden Vorsitzenden? (*Mehrere Zurufe: Zum 1. Stellvertretenden. – Weitere Zurufe: Zum Stellvertretenden.*) Wenn wir sagen, zum Stellvertretenden Vorsitzenden, dann heißt das – wir wollen Klarheit haben –, daß die Führungsspitze selbst aus Herrn Erhard und Herrn Barzel besteht, während alle anderen im Rahmen des Präsidiums ihre Aufgabe zu erfüllen haben. (*Lebhafter Beifall.*) Ich meine, daß das keine schlechte Lösung ist, sondern uns vielfältiger Sorgen enthebt. (*Süsterhenn*³⁴: Dann muß dieser Kommentar aber hinzugesetzt werden! – *Amrehn*: Dann muß hinzugefügt werden, daß die Satzung in diesem Punkt geändert wird, sonst ist Herr Barzel einer von vielen. Ich bin noch immer der Meinung, daß die Lösung von heute morgen die beste war. Wir fangen allmählich an, sie wieder zu zerpfücken, was ich höchst bedauerlich finde. Ich will im Augenblick nicht mehr ausführen, weil es sich nur noch um den Punkt drehen soll.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann. (*Grundmann*: Herr Bundeskanzler, Herr Dufhues hat das gesagt, was ich ausführen wollte.) – Dann bitte Herr Kraske!

Kraske: Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß Herr Amrehn nicht ganz recht hat. Wenn man den Text nach dem jetzt geltenden Statut interpretiert, dann ist für die ganze Presse klar, daß damit der 1. Stellvertretende Vorsitzende nach dem heutigen Statut gemeint ist. Aber diese Formulierung läßt gleichzeitig die Möglichkeit offen, über die hier diskutiert worden ist, überhaupt in Zukunft neben dem Vorsitzenden nur noch einen Stellvertreter zu haben. Deswegen meine ich, ist dies die Formel, die am ehesten dem Gang der Diskussion in diesem Kreis Rechnung trägt, ohne etwa Herrn Barzel in dieser Formulierung zu schaden. (*Adenauer*: Wie wollen Sie denn die Formulierung haben?) Die hat Herr Dufhues vorgelesen, nämlich Herrn Bundeskanzler Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Barzel zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Die Satzung schreibt in der Tat vor: Entweder einen 1. und einen 2. Stellvertreter, oder das andere. Wenn Sie jetzt sagen: Barzel zum Stellvertreter, lassen Sie die Frage offen. Und das ist natürlich nicht sehr angenehm, wenn ich das sagen darf, d. h., wir müßten heute schon beschließen: Gibt es einen Stellvertreter, oder gibt es zwei oder mehrere.

Ich bitte wirklich noch einmal – ich habe es schon vorhin vorsichtig gesagt –, an mein Wort vom Kairos zu denken und den rechten Zeitpunkt zu nutzen. (*Kohl*: Schreiben Sie doch den „1.“ hinzu, dann ist das gesagt! – *Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Es soll immer nur einer sprechen.

Barzel: Sie können schreiben: Zum 1. Stellvertreter, Sie können schreiben: zum Stellvertreter, womit dann gemeint wäre, nach dieser Intervention, zum 1. Stellvertreter. (*Sehr starke anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

34 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), Jurist; 1946–1951 Justizminister und 1947–1951 zugleich Kultusminister in Rheinland-Pfalz, 1947–1965 Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland-Pfalz, 1948/49 MdPR, 1961–1969 MdB. Vgl. LEXIKON S. 382 f.

Barzel: Man müßte sagen, daß der Bundesvorstand eine entsprechende Satzungsänderung beschließen wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin mit beiden Lösungen einverstanden. Womit ich nicht einverstanden sein könnte – das werden Sie verstehen –, wäre, wenn wir in eine Ausweitung der Zahl hier eintreten. Das würde uns auf dem Parteitag, von dem wir alle nicht wissen, ob wir ihn ganz in der Hand haben, sicher Schwierigkeiten bereiten. Deshalb sollten wir die Zahl nicht ausweiten, sondern einen Beschluß fassen, die Satzung zu ändern: Ein einziger Stellvertreter, oder zwei. – Mir ist beides recht.

Adenauer: Aber Herr Barzel, sind Sie sich denn darüber klar, daß Sie damit Gefahr laufen, die ganze Diskussion auf dem Parteitag zu haben? (*Barzel:* Wieso?) Wenn dem Parteitag etwas vorgelegt wird, das so oder so ausgefüllt werden kann, dann besteht doch die Gefahr, daß man sich dieser Sache bemächtigt. (*Starke Unruhe.*) Wenn es ausgefüllt ist, dann wagt man sich nicht so leicht daran. – Bitte sehr, Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vorhin dafür ausgesprochen, daß wir diskutieren und nicht gleich eine Entschließung verabschieden sollen. Ich bin jetzt aber dagegen, daß wir eine Vorentscheidung über eine Satzungsänderung treffen, obwohl für den Gedanken einiges spricht. Ich glaube, die Frage, ob man auf einen geht, bei zwei bleibt oder ob man im Laufe der Debatte die Zustimmung aller für drei gewinnt ... (*Starke Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) – ich habe nur gesagt, die Zustimmung aller für drei gewinnt, das ist doch eine Frage, wobei sich die Diskussion auf einen oder zwei hier konzentriert. Auch das ist nur eine Alternative.

Diese Frage sollten wir nach dieser Debatte der Kommission überlassen. Ich bin eigentlich auch der Auffassung – das wiederhole ich nochmals –, daß auch mit dem anderen betroffenen Stellvertreter, Herrn von Hassel, zumindest noch einmal darüber gesprochen wird. Ich bin dagegen, daß in seiner Abwesenheit ein Beschluß gefaßt wird. (*Russe:* Darüber sind wir uns einig.) Ich sage das nur zu der Möglichkeit, die Herr Dufhues zur Diskussion gestellt hat. Deswegen sollten wir in diesem Punkt bei seiner ersten Fassung bleiben und sagen: 1. Stellvertreter, und die Frage 2. oder 3. Stellvertreter der Kommission überlassen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Ich bitte um Ruhe, meine Herren. Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Wenn wir sagen, der Vorsitzende und der Stellvertreter, dann ist eine klare Entscheidung dahin gefallen. Es wird auch so in der Öffentlichkeit verstanden werden. Es gibt nur einen Stellvertreter und keinen anderen.

Wenn wir also mehr Vertreter haben wollen – ich lasse mal die Frage offen, ob zwei oder drei, die Frage berührt Herrn Barzel viel mehr als mich, das gebe ich gerne zu ... (*Barzel:* Ich hoffe, uns beide, Herr Bundeskanzler!) ich meine ja unmittelbar –, dann dürfen wir nicht sagen, Stellvertreter, sondern dann müssen wir sagen: 1. Stellvertreter.

Adenauer: Meine Herren! „1. Stellvertreter“ verlockt ja gerade dazu, hier zu sagen: zwei, drei, vier oder fünf. (*Anhaltende, sehr starke Unruhe.*) – Bitte, sehr Herr Russe!

Russe: Herr Parteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist sicher eine juristische Frage. Das letzte Wort, das Sie gesagt haben, greife ich auf. Wenn man sagt „1.

Stellvertreter“, kann das nach sich ziehen: noch mehr. (*Amrehn*: Nach der Satzung nicht!) Gut, aber dann komme ich zurück auf Ihre Intervention von vorhin, dann müssen Sie sagen: Die Satzung soll nicht geändert werden. (*Amrehn*: Muß ich das heute sagen?) Ich bin ja Ihrer Meinung, man soll das heute nicht sagen. Es ist wirklich ein Engpaß, sagen wir nun „Stellvertreter“ oder „1. Stellvertreter“. Es ist ja noch eine Frage, wie wir uns darüber einigen. Wenn wir uns darüber klar sind, daß Herr Barzel der 1. Stellvertreter ist – darüber sind wir uns doch klar, das ist doch Grundlage des ganzen Ergebnisses –, dann sollten wir es auch ganz klar und deutlich aussprechen. Wie die Funktion der anderen nachher aussehen soll, darüber müssen wir uns in der Kommission und später im Bundesvorstand verständigen. (*Adenauer*: Dann wollen Sie aber noch andere haben? – *Anhaltende starke Unruhe*.) Herr Bundeskanzler, in der Satzung steht: Ein 1. Stellvertreter, ein 2. Stellvertreter. – Wenn wir von der Satzung ausgehen – sie hat für uns bis zum Parteitag Gültigkeit, und wir können sie heute nicht ändern –, dann ist es klar, daß wir von daher gehalten sind, Herrn Barzel als 1. Stellvertreter hier zu deklarieren. Damit ist über eine Änderung der Satzung in dieser oder jener Hinsicht noch gar nichts ausgesagt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Ich will mich dem anschließen, was eben gesagt worden ist. Wir müssen davon ausgehen, wie die Öffentlichkeit reagiert. Die Öffentlichkeit weiß ja nicht, daß wir die Satzung ändern wollen, sondern sie geht davon aus, daß das, was in Dortmund gemacht wurde, und zwar unter Wegstreichung des Wortes „Geschäftsführender Vorsitzender“, jetzt wieder praktiziert wird. Jedermann war doch bis vor einer halben Stunde hier der Auffassung, daß die wichtigste Frage lautet: Bundesvorsitzender Ludwig Erhard, 1. Stellvertreter – ich sage das jetzt bewußt auch von der Funktion her – Rainer Barzel. Dann ist die Frage aufgetaucht – so war ja auch der Ausgangspunkt der Debatte – durch Freund Stoltenberg, daß wir auch über den 2. Stellvertreter sprechen, den die Satzung ja von uns fordert, nämlich über Herrn von Hassel. Hier kam dann sofort der Einwand, als wir damals diese Spitze bildeten Adenauer-Dufhues-von Hassel, war die Geschäftsgrundlage anders. Nun kann man hier doch offen sprechen. Damals ging es darum: Es waren zwei Katholiken und ein Protestant. Wenn wir jetzt veröffentlichen – das müssen Sie ganz nüchtern sehen angesichts der Diskussion im vopolitischen Raum – Vorsitzender: Ludwig Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender: Rainer Barzel, dann Kai-Uwe von Hassel – ich habe damit gar nichts gegen Herrn von Hassel gesagt –, dann heißt es bei uns in der Diskussion – und das wird eine große Rolle spielen hier in den Landesverbänden entlang des Rheines, und dafür müssen Sie Verständnis haben –, die machen die Parteispitze jetzt ganz blau. (*Unruhe und Heiterkeit*.) Deshalb war es unsere Bitte und unser dringender Wunsch, heute nur zu veröffentlichen: Vorsitzender: Ludwig Erhard; 1. Stellvertreter: Rainer Barzel. Dann wird eine Kommission gebildet, wie es Herr Dufhues vorgeschlagen hat. Dann vergibt sich kein Mensch etwas, wir haben nach draußen unser Gesicht gewahrt, und die Sache ist aus der öffentlichen Diskussion, und wir können getrost diskutieren. Jeder weitere Name erschwert die Diskussion. (*Unruhe und Bewegung*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern, will ich Ihnen einen weiteren Vorschlag für eine EntschlieÙung machen, die einen Vorbehalt hinsichtlich der Möglichkeit eines 2. Stellvertretenden Vorsitzenden enthält, die gleichzeitig aber klarstellen soll, daß über einen 2. Stellvertretenden Vorsitzenden hinaus eine Diskussion über weitere Stellvertreter nicht mehr möglich sein soll. Das ist der Sinn dieses Vorschlages. Ich wiederhole ihn jetzt:

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteitag, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll. Die Kommission soll insbesondere prüfen, ob neben dem vorgeschlagenen Stellvertretenden Vorsitzenden ein weiterer Stellvertreter bestellt werden soll.

Damit ist klargestellt worden ... (*Starke Unruhe. – Zuruf:* Ein 2.!) ein 2. Stellvertretender Vorsitzender gewählt werden soll. Damit ist klargestellt, zur Diskussion steht nur die Wahl eines 2. Stellvertreters, aber eines 3. oder 4. nicht mehr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir treffen mit dem neuen Vorschlag wieder ins Unklare. (*Zurufe:* Ja!) Nach meiner Meinung ist doch der Sinn des Kompromisses von heute morgen: Herr Erhard ist der erste Mann, Herr Barzel ist der zweite Mann, und dahinter gibt es in der Funktion auch noch einen oder mehrere andere. (*Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Nein!) Nach der Satzung einen, aber die Satzung soll doch mit dem gleichen Vorschlag geändert werden; dann doch auch mehrere. Das ist doch drin! Wenn ich den Vorschlag von Herrn Dufhues lese – zum Kuckuck noch einmal –, dann lese ich als Möglichkeit, daß diese CDU eines Tages außer dem einen, der jetzt in der Satzung steht, auch noch zwei oder drei andere wählt. Für mich kommt es darauf an, klar zu entscheiden, wenn der Bundeskanzler ausfällt, daß dann der erste Vertreter, der Mann, der ihn dann voll in der Fraktion zu vertreten hat, Herr Barzel ist. Mir gefällt das Wort „als 1.“ noch besser. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Kiesinger.

Kiesinger: Nach meiner Meinung braucht man sich nur auf die Satzung zu berufen. Ich habe bei allen diesen Vorschlägen bemerkt, es schleicht sich sofort ein Irrtum ein. Wenn wir in der EntschlieÙung sagen, Herr Bundeskanzler Professor Erhard wird 1. Vorsitzender aufgrund des § 25 der Satzung, dann müssen wir das auch besonders erwähnen, Herr Dr. Rainer Barzel wird 1. Stellvertreter.

Dann kann nur noch offenbleiben der 2. Stellvertreter. Wir brauchen gar nicht weiter darüber zu reden. Die Kommission kann sagen, wir wollen keinen 2. Stellvertreter, oder: Wir wollen einen 2. Stellvertreter. Mehr kann sie nicht vorschlagen. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Warum nicht?) Aufgrund dieses Beschlusses. (*Anhaltende Unruhe. – Etzel:* Die Satzung kann geändert werden.) Wenn wir eine EntschlieÙung vorbereiten,

die wir der Kommission mitgeben, und in dieser Entschließung sagen, daß wir aufgrund von § 25 des Statuts die beiden Persönlichkeiten wählen, den einen zum Vorsitzenden und den anderen zum 1. Stellvertreter, dazu eine klare Weisung für die Kommission geben, dann ist es doch klar, daß die Kommission nicht noch die Satzung ändern soll. (*Unruhe. – Zuruf: Das ist gar nicht klar!*) Wir können ihr höchstens mitgeben, daß sie überlegt, ob sie einen 2. Stellvertreter bestellt. Sonst müssen wir eine ganz lange Liste machen, und dann stellen sich Schwierigkeiten ein. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone. (*Krone: Ich verzichte!*) Dann Herr Klepsch! (*Zuruf: Herr Klepsch ist nach Mainz zum Karneval! – Heiterkeit.*) Aha, da ist heute Karneval! – Dann bitte ich Herrn Dichtel!

Dichtel: Wir sollten dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger folgen. Wir müssen von der Tatsache ausgehen, was ist ausgehandelt worden. Herr Dufhues, wir haben heute morgen vereinbart, Herr Erhard wird Vorsitzender, Herr Barzel wird 1. Stellvertreter. Dann hat es weiter geheißt, dazu einen weiteren Stellvertreter, den Sie mit Namen genannt haben. Das war der Gegenstand der Vereinbarung. Dabei sollte es bleiben. Infolgedessen würde ich auch sagen, das Wort „1. Stellvertreter“ muß hinein.

Dann käme folgende Frage: Herr Barzel, Sie wünschen über diesen Kreis des 1. und 2. Stellvertreters keine Ausweitung. Das sollte heute von uns der Kommission mit auf den Weg gegeben werden, weil wir keine Inflation an Vorsitzenden haben wollen.

Es sollte bei dem 2. Stellvertreter bleiben, auch aus konfessionellen Gründen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Ist die Sache jetzt klar? (*Unruhe. – Viele Zurufe: Ja!*) Sie sagen das so? Es ist Ihnen also allen klar? (*Zustimmung.*) Sie sind damit einverstanden? (*Viele Zurufe: Ja!*)

Dufhues: Sind damit auch die Personalien des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden beantwortet? (*Zurufe: Nein, nein, das muß die Kommission machen. – Anhaltende starke Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Frau Schwarzhaupt³⁵.

Schwarzhaupt: Erhält die Kommission auch den Auftrag, Vorschläge für die vier Mitglieder nach § 25 des Statuts zu machen? Man könnte dies mit in den Auftrag hineinnehmen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Stingl: Meine Frage geht auch dahin, welchen Auftrag erhält die Kommission? Soll sie nur über den 2. Stellvertretenden Vorsitzenden sprechen? (*Mehrere Zurufe: Nein, nein!*) Ist es der Kommission auch z. B. möglich, das, was in Berlin ist, vorzuschlagen, daß es einen 1. und einen 2. Vorsitzenden gibt, und dann erst zwei Stellvertreter kommen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Es geht um die Frage, kann diese Kommission Vorschläge zur Struktur insgesamt machen.

35 Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen. Vgl. Nina STENGER: Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Erste Gesundheitsministerin der Bundesrepublik Deutschland. Leben und Werk. Diss. Heidelberg 2003.

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Sie haben eben so leichtsinnig gesagt, Sie hätten alles verstanden. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Dufhues: Darf ich versuchen, den Aufgabenkreis der Kommission konkret zu umreißen! Das ist eine allgemeine Formel, und dabei sollten wir die Entschließung lassen. Die Kommission wird in erster Linie zu prüfen haben, ob wir einen 2. Stellvertretenden Vorsitzenden überhaupt haben wollen. Sie wird versuchen, je nach dem Auftrag, den Sie insoweit geben, personelle Vorschläge zu machen.

Die Kommission wird zum Zweiten prüfen müssen, ob wir es bei der Zahl von vier weiteren Mitgliedern des Präsidiums belassen, oder ob wir auf sechs oder sieben gehen. Dabei soll den besonderen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden, die wir allgemein erörtert haben.

Die Kommission sollte drittens prüfen, ob überhaupt die Frage der Bestellung eines Generalsekretärs sinnvoll ist. Sie sollte auch dazu entsprechende Vorschläge machen.

Wenn sich bei den Beratungen der Kommission ergeben sollte, daß im Rahmen der Kompetenz des Bundesgeschäftsführers oder ähnliche Fragen, also die Führung der Bundesparteiorganisation usw., Vorschläge zu machen sind, wird auch diese Frage geprüft und dem Bundesvorstand mitgeteilt werden. Das Ergebnis dieser Beratungen ist dem Bundesvorstand baldigst mitzuteilen, damit er darüber beraten kann. Wir sollten Ihnen rechtzeitig Mitteilung machen. Und damit ist Schluß, Schluß, Schluß! (*Heiterkeit und Unruhe.* – *Lemmer:* Ich beantrage, Schluß der Sitzung zu machen! – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen doch noch einmal ein Wort dazu sagen! Nach diesem Vorschlag würde das Präsidium aus sieben Personen bestehen. (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein! – *Unruhe.*) Das haben Sie doch eben bejaht! (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich kann das leider nicht bejahen. Die Kommission soll prüfen, ob dem Präsidium vier weitere oder sechs, sieben oder acht Mitglieder angehören sollen, und zwar weitere Mitglieder im Sinne der Satzung. Erst daraus ergibt sich, welche Zahl insgesamt das Präsidium aufweist. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Herr Süsterhenn bitte!

Süsterhenn: Herr Vorsitzender! Wir können meines Erachtens heute nur Beschlüsse fassen auf der Grundlage der in Kraft befindlichen Satzung. Nach dieser in Kraft befindlichen Satzung gibt es einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Infolgedessen ist es nicht möglich, Herr Kollege Dufhues, zu sagen, die Kommission soll prüfen, ob wir auch einen 2. Stellvertreter notwendig haben.

Wenn wir den 2. Stellvertreter fallenlassen wollen, ist das nur in Form einer Satzungsänderung möglich. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn wir der Kommission den Auftrag zur Satzungsänderung geben, dann könnte die Kommission unter Umständen auch zu der Zahl von mehreren Stellvertretenden Vorsitzenden kommen, was Sie aber doch unter allen Umständen verhindern wollen. Infolgedessen müßte meines Erachtens die Weisung an die Kommission gegeben werden: Vorsitzender Professor Erhard; 1. Stellvertreter – die Bezeichnung ist notwendig aufgrund der jetzt geltenden Satzung –

Barzel. Dazu muß die Weisung an die Kommission kommen, daß Sie, wenn sie Umorganisationen des Präsidiums oder der Führungsspitze – oder wie Sie es nennen wollen – vornimmt, auf keinen Fall dabei über die jetzt vorhandene Zahl von zwei Stellvertretern hinausgehen kann.

Wenn wir so die Weisung ausdrücken, ist es juristisch korrekt, und es entspricht auch den politischen Wünschen all derer, die hier im Saale sind. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bei der Vorbereitung dieser Sitzung habe ich auf meine Bitte eine Zusammenstellung machen lassen über die Änderungen, die über die Zusammensetzung des Vorstands bisher getroffen worden sind. Bisher umfassen die beschlossenen Änderungen sieben Schreibmaschinenseiten. Also, auf jedem Bundesparteitag, mit Ausnahmen von zwei, etwas anderes! So wird es auch jetzt kommen. Aber Sie sind einverstanden? (*Sehr starke Unruhe.*) Also, meine Damen und Herren, wir wollen in der allgemeinen Diskussion fortfahren. Die Kommission muß jetzt bestimmt werden, und zwar wieviel und wer. (*Zuruf:* Dufhues Vorsitzender!) Da haben Sie ein Opfer! (*Heiterkeit.*) Aber es müssen mehr geopfert werden! (*Anhaltende starke Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Russe, Stoltenberg, Adorno³⁶, Kohl, Grundmann.) Wollen wir uns nicht zunächst darüber klar werden, wieviel Mitglieder die Kommission haben soll? (*Anhaltende Unruhe.* – *Zurufe:* Sieben! *Weitere Zurufe:* Höchstens fünf! – *Anhaltende Unruhe.*) Also fünf! Vorsitzender: Herr Dufhues! (*Zurufe:* Kohl, Brauksiepe³⁷, Stoltenberg. – *Anhaltende starke Unruhe. Weitere Zurufe.*) Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Sie schlagen also als Mitglieder vor: Herrn Kohl, Herrn Stoltenberg, Frau Brauksiepe und Herrn Grundmann. (*Zuruf:* Und Herrn Adorno!) Wir haben schon fünf! (*Anhaltende Unruhe.* – *Kohl:* Herr Bundeskanzler, ich würde vorschlagen, den präsidenten Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter hinzuzunehmen; die müssen doch dabei sein, wenn darüber gesprochen werden soll, wie die Sache aussehen soll.) Die können ja hinzukommen!

Dufhues: Ich würde vorschlagen, die beiden Herren nicht in die Kommission zu nehmen; denn es ist meine selbstverständliche Verpflichtung, das Ergebnis der Beratungen der Kommission mit den Herren abzustimmen.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren! Sind Sie mit den fünf, die eben genannt worden sind, einverstanden? (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!) Wen wollen Sie denn noch haben? (*Zuruf:* Adorno. – *Schmidt:* Das muß konfessionell ausgeglichen sein bei den Spannungen, die sich auch hier gezeigt haben!) Wer soll wegfallen? Ich darf noch einmal die fünf Namen wiederholen: Herr Stoltenberg, Herr Kohl, Herr Grundmann, Frau Brauksiepe. (*Zuruf:* Adorno!) Es muß doch dann einer heraus von den fünf. (*Gurk:* Herr Adorno war doch gleich zu Anfang vorgeschlagen!) Nein! (*Gurk:* Warum

36 Eduard Adorno (1920–2000), Diplom-Landwirt; 1956–1977 Vorsitzender des LV Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB (CDU), 1970–1977 stv. Vorsitzender des LV Baden-Württemberg, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

37 Aenne Brauksiepe (1912–1997), Erzieherin; 1949–1972 MdB (CDU), 1958–1971 Vorsitzende der Frauen-Union, 1968/69 Bundesministerin für Familie und Jugend. Vgl. LEXIKON S. 203 f.

überhören Sie den Vorschlag, Herr Bundeskanzler?) Ich habe noch gute Ohren. Er ist nicht zuerst vorgeschlagen worden. (*Zuruf*: Doch, aber bei der starken Unruhe haben Sie es wohl nicht gehört!) Bescheiden wie immer hielten Sie sich zurück! (*Heiterkeit*.)

Dufhues: Nehmen wir Herrn Adorno hinzu!

Adenauer: Dann nehmen sie ihn als sechsten hinzu! (*Dufhues*: Ja!) – Bitte, Herr Kraske! (*Anhaltende Unruhe*.)

Kraske: Ich darf noch einmal vorlesen: Vorsitzender Herr Dufhues; Mitglieder: die Herren Russe, Kohl, Stoltenberg, Grundmann, Adorno, Frau Brauksiepe.

Adenauer: Das sind doch sieben! Soll Frau Brauksiepe wegfallen? (*Unruhe und Bewegung*. – *Süsterhenn*: Frau Brauksiepe hat man geschlabbert!) Also, Frau Brauksiepe kommt auch hinein! – Damit sind Sie einverstanden! (*Zustimmung*.) Dann hätten wir die Geschichte bis auf weiteres fertig. (*Zuruf*: Wann ist die Sitzung?) Das muß der Vorsitzende bestimmen. Das geht uns nichts an. Dürfen wir fortfahren in der Diskussion? Sind noch Wortmeldungen? (*Starke Unruhe*.) Liegen noch Wortmeldungen vor? (*Anhaltende Unruhe*.) Meine Herren! Ich wiederhole nochmals, nicht zu dieser Sache, sondern Wortmeldungen überhaupt! – Bitte sehr, Herr Süsterhenn!

Süsterhenn: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß laut § 4 unserer Geschäftsordnung bis zum 21. Februar die Tagesordnung des Bundesparteitags schriftlich zugesandt werden muß. Ich bitte den Geschäftsführenden Vorstand, das nicht außer acht zu lassen, sonst könnten unsere ganzen Beschlüsse durch einen einzigen Antrag als geschäftsordnungswidrig auf dem Parteitag angefochten werden. Sie müssen also zumindest die Frist wahren!

Adenauer: Ich glaube, das ist nicht richtig, Herr Süsterhenn! Die Frist ist kürzer. (*Kraske*: Für Anträge!) – Bitte sehr, Herr Kraske!

Kraske: Das Programm des Parteitags soll vier Wochen vorher vorliegen, eine Verpflichtung, die wir in der Vergangenheit nicht immer eingehalten haben. (*Stoltenberg*: Sie können, wenn Sie wollen, doch einen Punkt, z. B. die Satzungsänderung, vorsorglich auf die Tagesordnung nehmen. – *Zurufe*: Nein! – *Unruhe*.)

Adenauer: Also, eine allgemeine Satzungsänderung? (*Zurufe*: Ja!) Bitte sehr! (*Stingl*: Wann soll der Parteitag beginnen? – *Fricke*: Das Programm liegt doch vor Ihnen auf dem Tisch! – *Unruhe*.)

Stingl: Ich bitte um Entschuldigung, aber diese Kommission soll doch dem Bundesvorstand Bericht erstatten. Soll das in der Bundesvorstandssitzung im März sein?

Adenauer: Herr Kraske wird jetzt die ganze Sache einmal vortragen.

Kraske: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat sich im Januar kurz mit dem Programm des Bundesparteitags beschäftigt und hat Herrn Dr. Barzel und Herrn Bundesminister Dr. Krone und mich beauftragt, dieses Programm vorzubereiten.

Wir sind bei diesen Gesprächen von folgenden Vorüberlegungen ausgegangen, denen inzwischen auch Herr Dufhues und Herr von Hassel beigetreten sind. Das Hauptinteresse der Öffentlichkeit an diesem Parteitag sind nun einmal die fälligen Wahlen. Deswegen waren wir der Meinung, daß man diesen Parteitag möglichst konzentriert

durchführen sollte. Wir waren der Meinung, daß wir auf diesem Parteitag auf die Bildung von Arbeitskreisen, wie wir das bei den zurückliegenden Parteitagen gemacht haben, verzichten sollten.

Es sprechen dafür auch noch einige andere Gründe, die jetzt nicht vertieft zu werden brauchen. Wenn man diesen Prämissen zustimmt, d. h. einem zeitlich konzentrierten Parteitag, der nur im Plenum tagt, dann ergibt sich folgendes Programm: Man sollte die Referate auf diejenigen beschränken, die nach der Geschäftsordnung unserer Partei und nach der Satzung vor einem Parteitag erstattet werden müssen, d. h., daß Hauptreferate lediglich halten würden der Parteivorsitzende, der Geschäftsführende Vorsitzende, der Bundeskanzler und der Fraktionsvorsitzende, daß man alle anderen Fragen, mögen sie die Parteiarbeit oder einzelne Bereiche der Politik betreffen, wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, was immer, in die Aussprachen verlegt. Von da aus sind wir zu folgendem Vorschläge für den zeitlichen Ablauf gekommen, der Ihnen vorliegt, daß wir also den Parteitag am Montag, dem 21. März, vormittags mit den üblichen Sitzungen des Bundesvorstands und des Bundesausschusses beginnen. (*Adenauer*: Wann am Vormittag?) Ich würde sagen um 9.00 Uhr die Sitzung des Bundesvorstands, um 11.00 Uhr die Sitzung des Bundesausschusses, oder, wenn jetzt vor dem Parteitag noch eine erneute Vorstandssitzung stattfindet, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, dann würde es genügen, die Vorstandssitzung um 10.00 und den Bundesausschuß um 11.00 Uhr vorzusehen.

Die Eröffnungssitzung des Parteitags soll am Montagnachmittag stattfinden mit den üblichen Präliminarien und mit dem Referat des Bundesvorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer und einer anschließenden Aussprache. Dann würde am Dienstagvormittag der Rechenschaftsbericht des Geschäftsführenden Vorsitzenden über die Arbeit der Partei im rückliegenden Jahr zu erstatten sein, ebenfalls mit einer anschließenden Aussprache.

Nun haben wir uns von folgender Überlegung leiten lassen: Wir hielten es für schwierig, daß das Referat des Bundeskanzlers und das des Fraktionsvorsitzenden in zwei Abschnitten getrennt diskutiert wird, weil wir der Meinung sind, in beiden Referaten geht es um die künftige Politik der Union. Deswegen gehört die Debatte über beide Referate nach unserer Meinung zusammen. Deswegen am Dienstagnachmittag das Referat des Bundeskanzlers, und zwar zu Beginn der Sitzung, dann das Referat des Fraktionsvorsitzenden und danach eine Aussprache, und zwar für den Dienstagnachmittag und für den Mittwochvormittag, etwa unterteilt für Dienstag die Probleme der Innenpolitik und für Mittwoch die der Außenpolitik.

Das hat nach den bisherigen Erfahrungen nicht zuletzt den Vorteil, daß wir am Mittwoch mit dieser Aussprache einen gewissen Puffer haben. Wenn die Aussprache relativ kurz ist, was wir schon erlebt haben, dann könnten sich die Wahlen unmittelbar anschließen und womöglich zum Schluß der Vormittagssitzung stattfinden. Wenn die Aussprache sehr ausgedehnt ist aufgrund der Wortmeldungen, dann können die Wahlen am Nachmittag sein.

Letzter Punkt der Tagesordnung: Satzungsänderung und Wahlen. Schlußwort des neugewählten Vorsitzenden am Mittwochnachmittag.

Wenn Sie mit den einzelnen Bestandteilen des Programms einverstanden sind, insbesondere mit dieser Beschränkung auf vier Hauptreferate, dann gibt es eigentlich nur eine prinzipielle Frage, über die in den letzten Tagen viel diskutiert wurde, ob man nämlich die Wahlen an den Schluß des Parteitags oder ob man sie relativ weit an den Anfang stellen soll.

Dazu darf ich auf folgenden Gesichtspunkt hinweisen: Die Wahlen könnten schlechterdings nicht in der Eröffnungssitzung des Parteitags stattfinden, also nicht am Montagnachmittag. Das ist aus praktischen Gründen nicht diskutabel, sondern sie könnten nur am Dienstagvormittag stattfinden. Wenn das der Fall wäre, hätte ich das große Bedenken, daß möglicherweise ein großer Teil der Delegierten vorzeitig wegginge, so daß zu den Referaten nur in einem halbleeren Saal – mit einer vernichtenden Wirkung für uns in der Presse – diskutiert würde. Deshalb empfehlen meine Mitarbeiter und ich, daß wir die Wahlen an den Schluß des Parteitags setzen, um dadurch einen gewissen Zwang auf die Delegierten auszuüben, bis zum Schluß dazubleiben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, Herr Kraske, daß noch eine Sitzung des Bundesvorstands vorher stattfindet. (*Zustimmung.*) Die Vorstandssitzung auf dem Parteitag sollte nicht am Montag um 9.00 Uhr sein. Dann ist kein Mensch da. Dafür garantiere ich. Wenn wir vorher noch eine Sitzung abhalten, dann haben wir auch noch Zeit, um die ganze Sache zu überlegen.

Würden Sie damit einverstanden sein? (*Zustimmung.*) Sind Sie im übrigen einverstanden mit den Vorschlägen von Herrn Kraske? (*Zustimmung.*) Das ist auch der Fall. (*Stingl:* Das müßte am 7. März sein.)

Kraske: Nein, Herr Stingl! Diese Frist gilt für uns nicht. Wenn auf der Tagesordnung „Satzungsänderung“ steht, dann können Zusatzanträge auch noch später gestellt werden. Wir müssen es nur auf der Tagesordnung stehen haben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt!

Schmidt: Nach meiner Auffassung sind wir verpflichtet, jetzt festzusetzen, wann die nächste Bundesvorstandssitzung tagen soll. Wir müssen doch das Ergebnis der Kommission entgegennehmen und dann darüber entscheiden. Da das alles sehr knapp ist, müssen wir jetzt den Termin festlegen. (*Kraske:* Ich frage gerade Herrn Barzel, wann er aus dem Urlaub zurück ist.)

Adenauer: Herr Kraske, zuerst muß doch die Kommission diese Arbeit machen. Die braucht doch sicher Zeit dazu. Und das, was die dann beschlossen hat, muß doch den Mitgliedern zugestellt werden.

Kraske: Herr Bundeskanzler, darf ich folgendes vorschlagen! Die Kommission hätte für ihre Arbeit Zeit in der kommenden und in der darauffolgenden Woche, wenn man die Vorstandssitzung in der Woche vom 7. bis 12. März macht, und zwar, wie ich vorschlage, Anfang der Woche. Wenn die Fraktion dem zustimmt, die den Montag nötig braucht, würde ich sagen, am Montag, dem 7. März um 11.00 Uhr. (*Dufhues:* Einverstanden!) Ich glaube, daß das allen Bedürfnissen Rechnung trägt und auch die Kommis-

sion ausgedehnt Zeit hat für ihre Überlegungen, um den Vorstandsmitgliedern noch einen schriftlichen Vorschlag zuzuleiten, damit der Bundesvorstand dann abschließend beraten kann. Somit hätten auch die Herren Landesvorsitzenden noch Zeit, mit ihren Vorständen darüber zu beraten.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Vorsitzender der Kommission!

Dufhues: Ich halte den Vorschlag von Herrn Dr. Kraske für gut und für richtig. Wir werden am Rosenmontag mit den Beratungen der Kommission beginnen. (*Unruhe und Widerspruch.*) Ich meine es im Sinne der Rheinländer, die vor allem an diesem Tage teilnehmen werden. (*Heiterkeit; teils Widerspruch.*) Jedenfalls können wir innerhalb von zwölf Tagen unsere Beratungen abschließen. Ich wäre also damit einverstanden, daß der Bundesvorstand am 7. März wieder zusammentritt, um über das Ergebnis zu beraten. (*Zuruf:* Am Aschermittwoch, nicht am Rosenmontag! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Meine Herren! Ich muß auch sagen, der genius loci erträgt so etwas nicht. (*Heiterkeit und Zustimmung.*) Der Rosenmontag ist schlecht dafür geeignet. (*Zuruf:* Wir können mit Sack und Asche am Aschermittwoch tagen. – *Unruhe.*) Meine Herren! (*Kohl:* Lassen Sie die Kommissionsmitglieder nach der Sitzung noch einen Augenblick hier, damit wir einen Termin ausmachen können, Herr Dufhues!)

Dufhues: Einverstanden. Ich bitte die Kommissionsmitglieder nach Schluß der Sitzung noch einen Augenblick hierzubleiben, damit wir uns über die Termine verständigen. Unbeschadet davon können wir uns aber einigen auf den Termin der Sitzung des Bundesparteivorstands. Ich bitte um Ihre Entscheidung, ob wir am 7. März zusammenkommen sollen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* 8. März!) Wollen wir uns auf den 8. März einigen? Der Herr Bundesvorsitzende und der Herr Bundeskanzler sind am 7. März verhindert. (*Kohl:* Machen Sie es am 8. März!) Sind Sie mit dem 8. März einverstanden? (*Zustimmung.*) Das ist also einstimmig so beschlossen! – (*Kohl:* Am 8. um 11.00 Uhr!) Am 8. März um 11.00 Uhr im Königshof?

Kraske: Der günstigste Tagungsort für die Abgeschlossenheit von der Presse ist das Bundeskanzleramt gewesen. Dort haben wir mit der Presse nie Schwierigkeiten. Aber jeder andere Tagungsort ist öffentlich bis zu Tür. Das bitte ich zu prüfen.

Dufhues: Also, Herr Bundeskanzler, sind Sie einverstanden mit dem Bundeskanzleramt?

Erhard: Ja!

Adenauer: Damit hätten wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Von Nordrhein-Westfalen hat mir Herr Meyers eine Hinterlassenschaft zurückgelassen, nämlich den Vorschlag, einen Beschluß zu fassen, der die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen zum Gegenstand hat.

Es heißt hier: Beschluß des Bundesparteivorstands der CDU. Der Bundesparteivorstand beschließt, angesichts der besonderen politischen Bedeutung der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Durchführung des zentralen Bundesrednereinsatzes. Zu diesem Zweck werden alle Mitglieder des Bundesvorstands verpflichtet, der Bundespartei bis zum 15. April 1966 insgesamt zwölf Einsatztage für die Zeit vom 10. Juni bis

zum 8. Juli 1966 mitzuteilen. Die Durchführung eines sinnvollen Einsatzes nach Schwerpunkten schließt private Absprachen für diese Zeit aus.

Darf ich feststellen, daß wir einstimmig so beschlossen haben? – (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dann danke ich Ihnen und uns allen gegenseitig für die Geduld, die wir miteinander gehabt haben. (*Erhard:* Ich danke auch!) Die Sitzung ist geschlossen.